

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ INNENPOLITIK: NACH DER WAHLBESTÄTIGUNG DER SCHRÖDER-REGIERUNG

## Unternehmeroffensive wird fortgesetzt

Die Dramatik bei der Gestaltung der Mandatsverteilung am Wahlabend stand in keinem Verhältnis zu den programmatischen und tatsächlichen Unterschieden zwischen den großen Konkurrenten SPD und CDU/CSU. Am Schluss landeten beide große Parteien bei jeweils 38,5 Prozent der Zweitstimmen. Durch die Zugewinne der Grünen einerseits und das schlechte Abschneiden der FDP andererseits war somit der Weg zur Regierungsbildung für das Duo Schröder-Fischer geebnet.

Bei insgesamt knapp drei Prozent geringerer Wahlbeteiligung (79,1 Prozent) gegenüber der Wahl vor vier Jahren büßte die SPD 2,4 Prozent Zweitstimmen ein, während CDU/CSU um 3,4 Prozent zulegte. Politisch wichtig sind dabei allerdings die gravierenden Verschiebungen in der Wählerstruktur. Die CDU/CSU hat der SPD vor allem bei den Arbeitern Stimmen weggenommen. Sie gewann bei ihnen acht Prozent dazu, während die SPD fünf Prozent einbüßte. In der alten Bundesrepublik lagen der Verlust der SPD mit neun Prozent und der Gewinn der CDU/CSU mit zehn Prozent sogar noch höher. Unter den Arbeitern in den alten Bundesländern ist die Differenz zwischen den beiden großen Parteien damit in nur vier Jahren von 23 Prozent auf nur noch vier Prozent geschrumpft. Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern bietet sich dasselbe Bild. Die Gewinne und Verluste sind mit acht bzw. fünf Prozent genauso hoch.

Entscheidend für diese Verschiebung ist die Enttäuschung der Arbeiter über die Wirtschaftspolitik der Regierung Schröder. Vor allem die gleichbleibend hohe Arbeitslosigkeit hat sie in das Lager von CDU und CSU getrieben.

Die Umfragen zeigten, dass drei Viertel der Wählenden die Arbeitslosigkeit für das Hauptproblem hielten.

Die SPD konnte die Wahl nur gewinnen, weil sie im Osten Zugewinne von bis zu fünf Prozent aufzuweisen hatte. Dies ist eine Folge des geschickten Umgangs mit der Flutkatastrophe und der Stellungnahme zum Konflikt USA-Irak. Vor allem mit der klaren Absage an eine Kriegsbeteiligung gegen Irak hatte Schröder die SPD erfolgreich gegen die PDS in Stellung gebracht.

Noch am Wahlabend machten die Akteure deutlich, dass die rot-grüne Regierungspolitik auf Kosten der abhängig Beschäftigten in den nächsten vier Jahren ungebrochen fortgeführt werden soll. Die Gewerkschaftsspitzen hatten im Wahlkampf vorbehalt- und kritiklos die SPD unterstützt. Schon unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses boten sie sich als Vollstrecker der vom Kapital geforderten und von der rot-grünen Regierung beschlossenen und



geplanten Umverteilungs- und Umstrukturierungspläne an. Der DGB-Vorsitzende Sommer zum Beispiel forderte die sofortige Umsetzung der Hartz-Pläne ohne Abstriche und Verwässerungen. Zur Realisierung der im Gesundheitswesen angestrebten Einsparungen und weiterer Privatisierungen schlug er eine Einrichtung analog der Hartz-Kommission vor – inzwischen wurde die Rürup-Kommission installiert; der DGB macht wieder mit, Klaus WieseHügel von der IG BAU und Ursula Engelen-Kefer vom DGB. Wer sich die bisherigen Ergebnisse der »Gesundheitsreform« in Städten und Gemeinden anschaut, die zum großen Teil von der alten ÖTV bzw. ver.di mitgetragen wurden, bekommt eine Vorahnung von den katastrophalen Folgen, die auf Patienten und Beschäftigte des Gesundheitswesens zukommen werden. Die Gewerkschaftsführungen signalisieren mit dieser Haltung nicht nur die Bereitschaft, die Interessen ihrer Mitglieder zurückzustellen; sie verzichten sogar auf die öffentliche Formulierung eigenständiger Positionen.

Das Unternehmerlager, in dem eine Mehrheit einen Wahlsieg von CDU/FDP favorisiert hatte, nahm das Wahlergebnis gelassen hin. Das hat vor allem zwei Gründe:

1. Auch der Zustand der bürgerlichen Oppositionsparteien bot den Vertretern des Unternehmerlagers nicht die Garantie, mit ihrer Hilfe die eigenen Interessen reibungslos durchsetzen zu können. Vor allem die CDU war im Wahlkampf deshalb in die Schusslinie ihrer Kritik geraten – etwa bei der Ablehnung des Zuwanderungsgesetzes und der

Hartz-Pläne. Der Versuch der Union mit populistischen Parolen gegen die Bundesregierung in den Wahlkampf zu ziehen, erwies sich für die Unternehmer als kontraproduktiv.

2. In den vergangenen vier Jahren hatten die Vertreter der deutschen Wirtschaft und Industrie gute Erfahrungen mit der Bundesregierung gemacht. Vor allem die Einbindung der Gewerkschaften hatte sich für sie gelohnt. Hier bietet die SPD eindeutige Vorteile gegenüber der CDU. In den eigenen Reihen können die Spitzen der Gewerkschaften ihre Zusammenarbeit mit Kapital und Staat eher durchsetzen, wenn es eine sozialdemokratisch geführte Regierung gibt. »Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an der Aufzucht am aktivsten beteiligt waren«, so kommentierte schon im September 1999 Hilmar Kopper (Chef der Aufsichtsräte von DaimlerCrysler und der Deutschen Bank) die ersten Erfahrungen mit der neuen rot-grünen Regierung.

### Wahlkampf ohne Inhalt

Weder das Unternehmerlager noch die Gewerkschaften hatten Interesse an einem polarisierenden Wahlkampf mit der Gefahr, dass die gegensätzlichen Klasseninteressen die parteipolitischen Auseinandersetzungen mitgeprägt hätten. Dementsprechend haben sich Unternehmerverbände und Gewerkschaften auch zurückgehalten und auf die Parteien eingewirkt. CDU/CSU und SPD konnten so einen Wahlkampf führen, in dem sie sich in ihren politischen Aussagen höchstens in Nuancen unterschieden, während ein immer größer gewordener Teil der Wählerschaft keiner der großen Parteien zutraut, das »Problem der Arbeitslosigkeit und der Sozialversicherungen« lösen zu können. Der Wahlkampf war daher für die meisten Beobachter und Wähler so unpolitisch wie noch nie. Lange Zeit sah es so aus, als ob die SPD ihre von der rot-grünen Regierungspolitik enttäuschten Wähler und Anhänger nicht mobilisieren könne. Die Opposition sah aus wie der sichere Sieger.

Von politischer Polarisierung, wie sie angesichts der Kandidatur von CSU-Chef Stoiber anfänglich von vielen erwartet wurde, war kaum etwas zu sehen. Zum einen gaben die Gewerkschaften ihre noch zur Jahreswende artikulierten Kritik an der rot-grünen Regierung so gut wie völlig auf und riefen wie eh und je zur Wahl der SPD auf. Von ihrer Seite fand keine inhaltliche Diskussion über die zur Wahl stehenden Parteien und vor allem über die Resultate der Regierungsarbeit von Rot-Grün statt. Zum anderen blieb das Unternehmerlager, und das ist der wichtigere Punkt, trotz seiner unverkennbaren Sympathie für einen Regierungswechsel doch relativ moderat in seinen Angriffen auf die Schröder-Regierung. Zwar wurde ein Forderungskatalog präsentiert,

der grundlegende Veränderungen bei der Arbeitslosenversicherung ebenso enthält wie eine Neuregelung des Kündigungsschutzes, dieses Vorgehen ähnelte aber dem der Gewerkschaften, die ja auch zu jeder Wahl mit ihren Wahlprüfsteinen kommen. Offensiv ist ein solches Verhalten jedenfalls nicht zu nennen. Typisch für die eher verhaltene Gangart war die Reaktion auf die Flutkatastrophe. Wenn der BDI-Vorsitzende Rogowski dem Bundeskanzler eine Erhöhung der Körperschaftsteuer als Beitrag der Kapitalgesellschaften zur Finanzierung der Flutschäden geradezu anbot, so ist das mitten im Wahlkampf schon erstaunlich. Er stärkte damit indirekt Schröders Position. Das Zurückrudern nach seiner ersten Äußerung änderte daran nur noch wenig. Es stellt sich die Frage, warum das deutsche Kapital in diesem Wahlkampf so zurückhaltend war.

### Die Unternehmer und die Hartz-Kommission

Eine erste Antwort lässt sich anhand der Reaktionen auf die Vorschläge der Hartz-Kommission finden. Sie sind für das Verhalten des Unternehmerlagers charakteristisch. Zwar wurde nach der Vorstellung der Kommissionspläne vom BDI ebenso wie vom BDA oder vom DIHK kritisiert, dass die Vorschläge der Kommission nicht weit genug gingen, letztlich aber fehlte dieser Kritik nicht nur die in früheren Wahlkämpfen übliche Schärfe, sie blieb im eigenen Lager auch nicht unwidersprochen.

Schon am Tag nach den öffentlichen Erklärungen der genannten Verbände stellten sich die Vorstandsvorsitzenden mehrerer Großkonzerne (unter ihnen IBM und Hewlett-Packard) in einer ebenfalls öffentlichen Erklärung eindeutig hinter die Pläne der Hartz-Kommission. Sie riefen dazu auf, die positiven Elemente dieser Vorschläge nicht sofort zu zerreden, sondern die neuen Möglichkeiten erst einmal zu nutzen. Damit unterstützten sie die Position, die auch die Kapitalvertreter in der Kommission vertreten hatten. Die überwiegende Mehrheit der Kommissionsmitglieder stammte ja aus dem Unternehmerlager. Neben Peter Hartz selbst, dem Personal-

## INHALT

Unternehmeroffensive wird fortgesetzt . . . . .	1
Die Hartz-Pläne – Abbau der Sozialsysteme und Neuordnung des Arbeitsmarktes im Interesse des Unternehmerlagers . . . . .	7
Aus den Vorschlägen der Hartz-Kommission: . . . . .	10
Hamburg: Berufsschulwesen vor der Zerschlagung . . . . .	14
USA-Westküste: Regierung nutzt die Kriegsstimmung zum Angriff gegen die Gewerkschaften . . . . .	18
Zur Diskussion:	
PDS-Wahlniederlage und Gerarer Parteitag . . . . .	21
Tolerierungspolitik und Regierungsbeteiligung . . . . .	25
Um was geht es? . . . . .	26
Die PDS hat eine Wahl verloren – na und? . . . . .	28

**Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:**

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochehen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibric« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller  
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20045 Hamburg«  
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de



„Klar zum Freischleppen!“

vorstand von VW, waren das u.a. seine Kollegen von der BASF und der Deutschen Bank, führende Repräsentanten von Roland Berger und Boston Consulting, und der Generalsekretär des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, Hans-Eberhard Schleyer. Die Gewerkschaften dagegen waren gerade einmal mit zwei Personen repräsentiert, die zudem nicht besonders gewichtig waren. Die Mehrheit der Kapitalvertreter in der Kommission hatte zwar versucht, eine schärfere Variante des Hartz-Papiers durchzusetzen, die u.a. eine generelle Kürzung des Arbeitslosengeldes und eine Reduzierung seiner zeitlichen Dauer enthalten sollte, der Schlussfassung haben aber schließlich alle einhellig zugestimmt.

Dieses Verhalten wie auch die unterschiedlichen Reaktionen aus dem Unternehmerlager auf die Vorschläge der Kommission zeigen das Dilemma, in dem die Unternehmer derzeit stecken. Sie möchten zwar gern mehr erreichen, als das Hartz-Papier vorsieht, dessen Umsetzung aber auch nicht gefährden. Es enthält schließlich zahlreiche Elemente, die von Kapitaleseite immer wieder gefordert worden waren. Vergleicht man die öffentlichen Erklärungen der Arbeitgeberverbände Anfang des Jahres mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission, so sind die Parallelen unübersehbar. Von den fünf Punkten, die das Programm des BDA »für mehr Beschäftigung« im Januar als entscheidend vorstellte, wurden vier von der Hartz-Kommission zu relativ großen Teilen berücksichtigt: Die Anhebung der Grenze für geringfügige Beschäftigung, die möglichst schnelle Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, der stärkere Druck auf Arbeitslose, angebotene Arbeitsplätze anzunehmen, und die Beseitigung arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen (siehe dazu den Artikel zum Hartz-Papier in dieser Nummer der Arbeiterpolitik).

Um diese »Fortschritte« im Sinne der Unternehmer nicht zu riskieren, haben die Kommissionsmitglieder letztlich zugestimmt, auf die generelle Kürzung des Arbeitslosengeldes erst einmal verzichtet. Nur so konnte man die gewünschte Einbindung der Gewerkschaften und damit die Einstimmigkeit der Kommission erreichen. Das Verhalten von Hans-Eberhard Schleyer war diesbezüglich typisch. Er verlangte zwar immer wieder, die ursprüngliche Fassung des

Papiers, die die generelle Kürzung enthielt, beizubehalten, unter dem Druck der Gewerkschaften in dieser Frage hat er sich aber letztlich nicht verweigert.

Auch die öffentlichen Stellungnahmen der Unternehmerverbände waren, betrachtet man sie genauer, von einer eher unentschlossenen Haltung bestimmt. Auf der einen Seite wurde heftige Kritik an den Plänen geübt, die auf die nicht erfüllten Forderungen der Verbände wie vor allem die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung hinwies. Auf der anderen Seite blieb die Kritik generell doch eher halbherzig, wurden die Pläne wegen ihrer aus Sicht des Kapitals positiven Elemente letztlich doch als Fortschritt gewürdigt. Die Pressemitteilung des DIHK stand dementsprechend unter der Überschrift »Ernsthafte Suche, aber kein großer Wurf«. Ludwig Georg Braun, hessischer Großunternehmer und Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, teilte darin mit, dass der Bericht der Hartz-

Kommission »ein wichtiger Schritt, die Arbeitsmarktpolitik in Bewegung zu bringen« sei, allerdings noch kein Durchbruch. Ähnlich äußerte sich auch Rogowski für den BDI. Er kritisierte in einer Presseerklärung die polarisierte öffentliche Debatte über die Vorschläge und verurteilte dabei sowohl die Beurteilung der Hartz-Pläne als »Geniestreich« durch das Regierungslager als auch die Kritik der Opposition, die alles nur als »Gequatsche« abtue. Solche Extremurteile seien unangebracht. Die Vorschläge der Kommission seien zwar nur eine Korrektur verfehlter früherer Entscheidungen der Regierung, aber späte Einsicht sei besser als keine. Eine sofortige Umsetzung sei deshalb erforderlich. Auch wenn die Vorschläge die Hauptursachen nur teilweise anpackten, seien sie aber zumindest ein erster Schritt.

#### **Die Bilanz von vier Jahren Schröder-Regierung: Das Unternehmerlager konnte seine Position stärken und ausbauen**

Die Reaktion des Unternehmerlagers auf die Vorschläge der Hartz-Kommission ist deshalb so typisch, weil diese Vorschläge charakteristisch für die Politik der Schröder-Regierung sind. Die Regierung hat in den letzten vier Jahren viele Entwicklungen in Gang gebracht oder fortgeführt, die von den Unternehmern gefordert wurden. Zieht man die zehn Punkte, die wir in unserem Artikel zur Wahl von 1998 als wesentliche Bilanz der Kohl-Regierung genannt haben, zum Vergleich heran, so wird das deutlich. Außer beim Kündigungsschutz in Kleinbetrieben und der (inzwischen zumeist tariflich abgesicherten) Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat die Regierung Schröder nach ihrem Wahlsieg keine einzige Maßnahme zurückgenommen, die von ihrer Vorgängerin zu Gunsten der Unternehmer eingeführt worden war. Bei den meisten Punkten hat sie die Verschlechterungen zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit sogar noch weiter ausgebaut. Man denke hier nur an die Steuerreform, die Veränderungen des Arbeitsförderungsgesetzes oder die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Einführung der Ruster-Rente. Das Aufbrechen des Solidarprinzips in der gesetzlichen Rentenversicherung war aus Sicht des deutschen

Kapitals einer der größten »Erfolge« der Regierung Schröder. Unter einem Kanzler aus den Reihen der CDU/CSU wäre diese grundlegende Änderung des Rentensystems wohl nicht so reibungslos durchzusetzen gewesen. Dafür bedurfte es der SPD und eines Arbeitsministers, der die Gewerkschaften dank seiner langjährigen IGM-Karriere relativ leicht mit »ins Boot« nehmen konnte.

Ähnliches gilt auch für die geplante Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit. Sie stellt für das Kapital ebenfalls einen ganz wichtigen Schritt hin zu einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarkts dar. Die Forderungen, die der BDA Anfang des Jahres hinsichtlich einer Reform der Bundesanstalt für Arbeit aufgestellt hat, sind in den Plänen des neuen Vorstandsvorsitzenden der Anstalt, Florian Gerster, in wesentlichen Teilen berücksichtigt worden. Einzig die generelle Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf maximal zwölf Monate konnte von Unternehmerseite (ebenso wie auch in der Hartz-Kommission) nicht durchgesetzt werden. Dennoch erfüllt Gerster die Erwartungen des deutschen Kapitals in hohem Maße. Der ehemalige SPD-Sozialminister von Rheinland-Pfalz hat in seiner bislang relativ kurzen Amtszeit schon sehr viel von dem umgesetzt oder zumindest angestoßen, was die Arbeitgeberverbände seit langem fordern. Er war aus deren Sicht eindeutig erfolgreicher als seine Vorgänger aus dem konservativen Lager.

Das Unternehmerlager kann in seiner Gesamtheit mit den Aktivitäten der rot-grünen Regierung durchaus zufrieden sein. Zwar hat man nicht alle seine Pläne durchgesetzt, die Erfolge aber können sich sehen lassen. Die herrschende Klasse hat das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften weiter zu ihren Gunsten verschieben können.

### **Sinkende Kurse, Krise der »New Economy« und Bilanzfälschungen: Der Lack blättert ab**

Die unbestreitbaren Erfolge, die die Schröder-Regierung aus Sicht des Unternehmerlagers zu verzeichnen hat, sind jedoch nicht der einzige Grund, warum die Angriffe auf die rot-grüne Regierung vergleichsweise zurückhaltend ausfallen. Die Unternehmer spüren auch, dass sich die Stimmung, wie sie in der veröffentlichten und öffentlichen Meinung zum Ausdruck kommt, verändert hat. Der massive Rückenwind der vergangenen Jahren bläst ihnen zur Zeit eher entgegen. Bis zum Anfang dieses Jahres waren die Topmanager noch die bewunderten Vorbilder der Gesellschaft, genossen fast schon Starruhm. Seither hat sich das Blatt gewandelt. Die Spitzenmanager der großen Konzerne stehen nun als gierig, rücksichts- und skrupellos am Pranger. Die riesigen Bilanzskandale in den USA wie zum Beispiel bei Enron oder Worldcom, bei denen die Kleinaktionäre viel Geld in den Sand gesetzt haben und die Beschäftigten nicht nur ihre Altersversorgung, sondern auch ihren Arbeitsplatz verloren haben, haben ebenso zu einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas beigetragen wie das Platzen aller Träume vom ununterbrochenen Wachstum in der »New Economy« und einem ewigen Boom an den Börsen.

So lange die Wirtschaft unaufhaltsam zu wachsen schien und viele Normalbürger in Form von Aktien (wie etwa denen der Telekom) an den Gewinnen zumindest ein klein wenig teilhaben konnten, spielte es keine nennenswerte Rolle, ob die Topmanager ihre Gehälter in immer neue Höhen schraubten. Seit es an den Börsen wie in der Wirtschaft insgesamt



aber bergab geht, werden solche Praktiken nicht mehr so ohne weiteres akzeptiert. Spitzengehälter in dreistelliger Millionenhöhe, Abfindungen im zweistelligen Millionenbereich für Manager, die ihre Firmen fast in den Ruin getrieben haben, und illegale Aktiengeschäfte, bei denen die Topmanager auf Kosten der Aktionäre und der Beschäftigten riesige Gewinne machten, sorgen dafür, dass die Helden von gestern die Bösewichte von heute sind.

Dass sich gleichzeitig auch die Fata Morgana von der Aktie als höchst lukrativer und zugleich sicherer Geldanlage aufgelöst hat, bereitet dem Unternehmerlager Probleme. Das über Jahre hinaus bewunderte Vorbild USA hat seinen Glanz verloren. Damit aber sind alle jene Argumentationen, die vor allem unter Berufung auf dieses Vorbild zu einem grundlegenden Umbau des bundesdeutschen Modells der sozialen Sicherung aufgerufen haben und noch immer aufrufen, unter Rechtfertigungsdruck geraten. Der früher ausreichende Hinweis auf die Erfolge der US-Wirtschaft genügt nicht mehr, will man zum Beispiel die Schaffung eines Niedriglohnssektors oder die Umstellung des Rentensystems auf das Prinzip der Kapitaldeckung weiter vorantreiben. Ein führender Repräsentant der Allianz-Versicherung hat die veränderte Situation jüngst mit den Worten beschrieben, dass die Riester-Rente heute politisch nicht mehr durchsetzbar wäre.

Damit wird das Dilemma deutlich, in dem das Unternehmerlager steckt. Ihm wurde das durchschlagkräftigste Argument, der Verweis auf die Erfolge der »New Economy« und der US-Wirtschaft insgesamt, aus der Hand genommen. In dem Maße, in dem die US-Ökonomie und ihre Prinzipien in den Augen der Durchschnittsbürger an Glanz verlieren, gewinnt der »gute alte deutsche Sozialstaat« wieder an Attraktivität. Damit haben nun alle diejenigen zu kämpfen, deren Ziel die Abschaffung oder zumindest grundlegende Umgestaltung eben dieses »Sozialstaats« ist. Sie müssen vorsichtiger agieren, sollen bereits erreichte Erfolge nicht gefährdet werden.

Die veränderte Stimmungslage kam im Frühjahr und Sommer zum Ausdruck in der Bereitschaft Hunderttausender, sich an den Streiks und Warnstreiks der Gewerkschaften zu beteiligen und das selbst unter traditionell schlecht organisierten und bisher eher passiven Beschäftigungsgruppen wie den Bankangestellten. Da die Unternehmer weitere durchgreifende Schritte in die gewünschte Richtung auf-

grund dieser veränderten Stimmungslage zur Zeit nur schwer ohne soziale Auseinandersetzungen durchsetzen können, richtet sich ihr Interesse auf die Konsolidierung und den schrittweisen Ausbau schon umgesetzter oder beschlossener Maßnahmen. Dies gilt u.a. für den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit oder für die Vorschläge der Hartz-Kommission. Die Folgen eines offensiven, frontalen Vorgehens für die soziale und politische Stabilität in Deutschland sind im voraus, am grünen Tisch, nicht zu kalkulieren. Solange die herrschende Klasse sich noch nicht zu einem Frontalangriff auf die arbeitende Bevölkerung gezwungen sieht, wird sie versuchen, ihre Interessen schrittweise mit Zustimmung der Gewerkschaftsspitzen durchzusetzen. Das wird, sollte es zu keinem Widerstand gegen den Kurs der Vorstände kommen, zu einer weiteren Zersetzung der Gewerkschaften führen und die Ausgangsposition der Unternehmer in den kommenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen stärken.

### **Die Chancen zum Widerstand werden nicht genutzt**

Die Gewerkschaften nutzen die für sie günstige Stimmung nicht, um die Angriffe auf die Besitzstände ihrer Mitglieder und der breiten Bevölkerung abzuwehren. Von der Anfang des Jahres viel beschworenen »Ende der Bescheidenheit« ist in den diesjährigen Tarifrunden nicht viel übrig geblieben. Sieht man einmal von den Streiks in der Bauindustrie ab, »kanalisierten [die Gewerkschaftsspitzen] verbreiteten Unmut in eine Vielzahl dünner Rinnsale, die sie nicht zusammenführten« (Arpo 2/2002). Sie halten trotz der öffentlich hin und wieder geäußerten Kritik an der engen Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und den Unternehmern fest. Typisch ist das Verhalten der Vorsitzenden der beiden größten Einzelgewerkschaften, Frank Bsirske und Klaus Zwickel. Sie hatten ihre Kritik an der rot-grünen Regierung ebenso wie der neue DGB-Chef Michael Sommer zugunsten einer direkten Wahlwerbung für die Schröder-Regierung aufgegeben. Sie setzen trotz aller negativen Erfahrungen der letzten vier Jahre auf Rot-Grün und die Zusammenarbeit mit dem Kapital.

Sucht man nach den Gründen für diese Haltung, so liefert der Wahlkampf und die enge Verbindung zwischen den Vorstandsetagen der Gewerkschaften und der SPD nur eine Teilerklärung. Auch unter der konservativen Vorgängerregierung Kohl hatten sie die Streiks gegen die Streichung der Lohnfortzahlung nicht unterstützt, sondern hintertrieben und die gewerkschaftliche Organisation allein auf den bevorstehenden Wahlkampf ausgerichtet.

In Zeiten der Stagnation und Krise, des verschärften nationalen und internationalen Konkurrenzkampfes müssen sich die Spitzen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften beteiligen an der Demontage der materiellen und sozialen Verbesserungen, die einst unter ihrer Führung errungen oder ausgehandelt wurden. Über Bord geworfen wurden und werden zugleich jene alten politischen Überzeugungen, die nicht mehr in Einklang zu bringen sind mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Wer sich von solchen alten Inhalten und Idealen der SPD und der Gewerkschaften nicht so schnell trennen mag, wird als Traditionalist, als Utopist oder Sozialromantiker diffamiert und politisch ins Abseits gedrängt. Tatsächlich ist eine konsequente Verteidigung der materiellen Existenzbedingungen der arbeitenden Bevölkerung unvereinbar geworden mit der Sicherung der sozialen und poli-

tischen Stabilität in der bürgerlichen Gesellschaft. Der Reformismus bleibt der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verpflichtet – selbst um den Preis der Selbstaufgabe. Aus diesem Grund mußte auch der Versuch der PDS, die von der Sozialdemokratie geräumten politischen Positionen zu besetzen, scheitern noch ehe er richtig begonnen hatte. Auch bei der PDS fielen die Wahlaussagen und das Gerede von sozialer Gerechtigkeit der Regierungsbeteiligung zum Opfer.

Seit über einem Jahrzehnt haben die Gewerkschaften in einem langsamen, quälenden Prozess eine Errungenschaft nach der anderen preisgegeben. Sie trugen die Privatisierungen u.a. bei der Bundesbahn, der Post oder im Gesundheitswesen mit, in der vergeblichen Hoffnung, per Tarifvertrag deren Auswirkungen auf die Beschäftigten abfedern zu können. Ein Heer von Tarifexperten und Sekretären, von besoldeten »Gewerkschaftsbeamten« wurde damit beschäftigt – der Erfolg blieb mäßig und vorübergehend; er verschaffte den KollegInnen höchstens eine Atempause vor den nächsten Eingriffen. Der Einstieg in die Privatisierung der Rentenversicherung wurde von den gewerkschaftlichen Vorstandsetagen gebilligt. Unter Zustimmung von Vorständen und Tarifkommissionen wurde begonnen, den Flächentarifvertrag zu durchlöchern, u.a. durch betriebliche Öffnungsklauseln (zum Beispiel bei der IG Metall), durch Tarifierung von Einstiegsgehältern bei Neueinstellungen unter dem bisher geltenden Tarif (zum Beispiel bei der Post und der IG Chemie). Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – ein Relikt aus der Geschichte der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung. So leisten die Gewerkschaften selbst, in dem sie die politischen Entscheidungen dem Staat, den Parlamenten und der Regierung überlassen und sich in der Praxis auf die Tarifpolitik beschränken, der Durchlöcherung und Aufweichung des Flächentarifvertrages Vorschub.

Von Zeit zu Zeit sehen sich die gewerkschaftlichen Apparate gezwungen, die Kolleginnen und Kollegen zur Streiks und Aktionen aufzurufen, weil sie von der Stimmung an der Basis dazu gedrängt werden oder um der Mitgliedschaft die eigene Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen. Aber auch, wenn sie von der Unternehmenseite in eine Auseinandersetzung getrieben werden, so versuchen sie den Konflikt im Rahmen der bisher praktizierten Tarifpolitik auszutragen. Dabei sitzen die Unternehmer immer am längeren Hebel, denn mit den Mitteln und Methoden des reinen Tarifkampfes lassen sich die Folgen der gesellschaftlichen Entwicklung, die Aushöhlung bestehender Vereinbarungen, der Abbau von Arbeitsplätzen, der verstärkte Druck auf Arbeits- und Lebensbedingungen, nicht aufhalten. Für den Zustand innerhalb der Gewerkschaften hat dies einschneidende Auswirkungen. In der breiten Masse der Mitgliedschaft, die ja die Vertretung ihrer Interessen an die Vorstände delegiert hat, nahm und nimmt die Unzufriedenheit zu; sie stimmen mit den Füßen ab und verlassen die Organisation. Sinkende Finanzkraft und damit sinkende Kampfkraft – das wird von den gewerkschaftlichen Vorständen ja gleichgesetzt – sind die Folge. Unter den schon kleinen Kreisen gewerkschaftlich Aktiver wächst die Resignation und Passivität.

Die politische Schwäche der Gewerkschaften kam in der Tarifrunde 2002 deutlich zum Ausdruck. Dem Druck der Basis nachgebend (in den Betrieben wurden Forderungen nach bis zu zehn Prozent verlangt), traten die beiden großen Gewerkschaften IG Metall und ver.di (hier: Druckindustrie,

Papierverarbeitung, Telekom, Post, Versicherungen, Banken, Einzel- sowie Großhandel) mit der Forderungen nach einer Lohnerhöhung von 6,5 Prozent an. Das »Ende der Bescheidenheit« sollte notfalls mit Streikaktionen durchgesetzt werden. Die praktischen Aktivitäten aber wurden zwischen den Gewerkschaften und auch zwischen den einzelnen Tarifbereichen bei ver.di nicht koordiniert. Auf eine gemeinsame inhaltliche sowie zeitliche und somit politische Absprache verzichteten die beteiligten Vorstände. Sie führten die Auseinandersetzung als voneinander isolierte Tarifverhandlungen in dem Bestreben, sie nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, um die Kontrolle über die Aktivitäten der Basis nicht zu verlieren. Länger andauernde und durchschlagende Streikaktionen hätten die Gefahr heraufbeschworen, in eine politische Auseinandersetzung mit dem Unternehmerlager und der Bundesregierung gezogen zu werden.

Am Verhandlungstisch kamen die bekannten mageren Ergebnisse heraus. Proteste der Basis blieben vereinzelt, die Tarifergebnisse wurden überwiegend, wenn auch manchmal zähneknirschend akzeptiert. Die schwache, linke innergewerkschaftliche Opposition vermochte zwar bei der Aufstellung der Forderung Druck auszuüben; den Verlauf der Arbeitskämpfe aber konnte sie über die einzelnen Betriebe und Gewerkschaften hinaus nicht beeinflussen. Besonders auffällig wurde dies in der neu gegründeten Kartellgewerkschaft ver.di, die ja angetreten war mit dem Anspruch, diese Schwäche zu überwinden. Wichtiger als dies aber ist den Führungen unter Bsirske, Zwickel, Schmoltdt, Sommer das Einvernehmen mit Kapital und Sozialdemokratie. Der Stimmung in der Mitgliedschaft öffnen sie deshalb nicht mehr als ein Ventil zum Dampfablassen, um die Verhältnisse unter Kontrolle zu behalten. Gegenwärtig haben sie dabei nicht mehr zu fürchten als massenhafte Austritte, welche die Organisationen – damit auch die Führungsstellen – gefährden (insbesondere in ver.di ist diese Angst im hauptamtlichen Apparat verbreitet, denn schließlich waren sinkende Beitragseinnahmen der entscheidende Antrieb der ver.di-Gründung). Die »Abstimmung mit den Füßen« geschieht jedoch fast durchweg individuell. Sie hat keine politischen und organisatorischen Konsequenzen und bietet deshalb denjenigen Mitgliedern, die trotzdem noch an Gewerkschaften festhalten, keine Perspektive zur Durchsetzung inhaltlicher Kursänderungen. Diese Pattsituation zwischen einer in weiten Teilen unzufriedenen, aber grundsätzlich passiven Mitgliedschaft und einer perspektivlos fortwurstelnden Führung ist instabil, ohne dass aus dieser Feststellung ein Zeitpunkt und/oder eine Richtung ihrer Veränderung abzuleiten wäre.

Die gewerkschaftlichen Apparate sind aus politischen Gründen nicht bereit, den Stimmungen unter den abhängig Beschäftigten eine gemeinsame Stoßrichtung zu geben und diese für die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zu nutzen. So schwach unsere Kräfte auch sind, es gibt keine politische Kraft die uns diese Aufgabe – einer klassenkämp-



ferischen sozialistischen Opposition in den Gewerkschaften – abnehmen könnte. In vielen Orten gibt es kleine Gruppen von gewerkschaftlich und politisch interessierten Männern und Frauen, die aktuelle Anlässe, wie seinerzeit die Riester-Rente und nun die Umsetzung der Hartz-Pläne, zum Anlass nehmen, um Diskussionen und Aktionen innerhalb und außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens zu organisieren. Diese Arbeit ist unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen durchaus möglich.

Zu einer wichtigen Angelegenheit wird dabei in den kommenden Monaten der Vorschlag der Hartz-Kommission. Die Gewerkschaftsvorstände haben mit ihrer Zustimmung zu den Plänen grünes Licht gegeben für den Umbau und die Privatisierung der Bundesanstalt für Arbeit: Aus einer Einrichtung zur sozialen Absicherung soll endgültig ein Instrument zur weiteren Ausdehnung des Niedriglohnssektors werden. Leiharbeit zu Billiglöhnen durch die Personal-Service-Agenturen wird zwangsläufig zu einer weiteren Aufweichung der noch bestehenden Flächentarife führen und die betrieblichen Abwehrmöglichkeiten durch Zeit- und Leiharbeit erschweren. Können sich auf diesem Felde Unternehmer und Bundesregierung mit Hilfe der Gewerkschaftsvorstände durchsetzen, werden weitere Angriffe zwangsläufig folgen. Die Pläne für weitere Einschnitte bei der Bundesanstalt für Arbeit liegen schon in der Schublade und die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass sie die gesetzliche und tarifliche Konkretisierung der Hartz-Pläne notfalls auch ohne oder gegen die Gewerkschaften durchsetzen will. Die Grundsatzzforderungen nach einer allgemeinen Absenkung der Arbeitslosenunterstützung und nach einer grundsätzlichen Neugestaltung, sprich Abschaffung, des Flächentarifvertrages haben die Unternehmerverbände nur aufgeschoben.

20.11.2002 ■

# Die Hartz-Pläne – Abbau der Sozialsysteme und Neuordnung des Arbeitsmarktes im Interesse des Unternehmerlagers

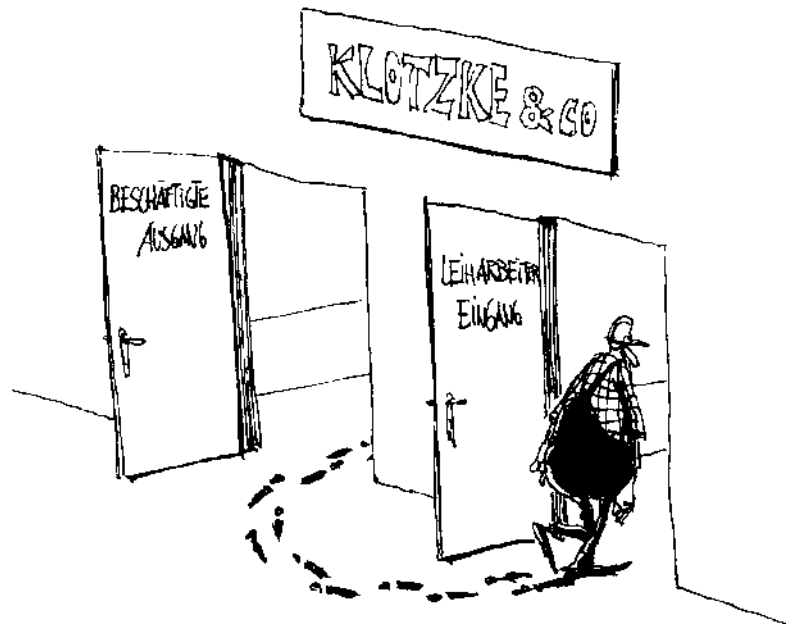
Unter dem Druck der Unternehmerverbände und mit Zustimmung der Gewerkschaftsspitzen peitscht die Bundesregierung in bisher nicht gekannter Eile die Vorschläge der Hartz-Kommission durch die staatlichen Institutionen. Was nicht auf dem Verordnungswege umgesetzt werden kann, soll noch im November als Gesetzesvorlage den Bundestag passieren und bereits zum 1. Januar 2003 in Kraft treten; Gesetzänderungen, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, sollen zum März 2003 wirksam werden.

Die Eile ist begründet, denn wo in Gewerkschaften oder Erwerbsloseninitiativen über den Inhalt der Hartz-Vorschläge debattiert wird, dominieren Unmut und Ablehnung. Bevor sich aus dieser Ablehnung ein möglicher Widerstand formieren kann, sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden. Populistische Parolen zur Senkung der Arbeitslosigkeit und Worthülsen bestimmen deshalb die öffentliche Debatte im Parlament, in den Parteien, in Talkshows oder in der Presse und vernebeln den Inhalt und die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen. Der öffentlichkeitswirksame Skandal um die Vermittlungsleistungen der Arbeitsämter bot die Chance, mit einem Angriff auf die »Bürokratie« des Sozialstaates den Abbau des Sozialstaates zu beschleunigen. Diese Chance wurde vom Unternehmerlager und der Regierung entschlossen genutzt. Der tatsächliche, alltägliche Skandal der Massenarbeitslosigkeit verschwindet aus der öffentlichen Diskussion. Der gesellschaftlich entstandene Zustand der Arbeitslosigkeit wird aus persönlichen Mängeln der Arbeitslosen erklärt: aus den »Vermittlungshemmnissen« aller Art, die nun überwunden werden sollen.

Das Parlament und die Parteien fungieren dabei als willige Vollstrecker von Entscheidungen, die auf anderer Ebene längst gefällt wurden. So kritisierte die BAG-SHI (Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen), dass durch ein »zentral eingesetztes korporatistisches Gremium«, aus dem »alle kritischen Stimmen ... verbannt werden ..., die offene Diskussion in der pluralistischen Gesellschaft unterbunden« wird. Der Politikwissenschaftler Wilhelm Henis nannte die Hartz-Kommission »eine merkwürdige Einrichtung«, welche die Parteien zu »nur noch wenig mehr als Akklamationsverine« mache. Wie sieht nun das Gremien aus, dass im Auftrage der Bundesregierung einstimmig seine Pläne zu »Modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« verabschiedete und sie zur Umsetzung als Gesamtpaket an die Regierung Schröder weiterleitete.

## Die Hartz-Kommission

Vorsitzender der Kommission ist VW-Manager Peter Hartz, die Personifizierung der »Modernisierer« aus den Reihen der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, die sich schon vor etlichen Jahren anschickten, die Einschnitte ins Sozialsystem durchzusetzen. Peter Hartz ist seit 45 Jahren Mitglied der IG Metall. Über die Gewerkschaft wurde er vor 25 Jahren Arbeitsdirektor der Dillinger Hütte-Saarstahl AG (DHS). Gemeinsam mit Oskar Lafontaine (SPD), dem damaligen



Ministerpräsidenten im Saarland, und seinem Bruder Kurt Hartz, der als saarländischer IG-Metall-Chef die SPD-Landtagsfraktion leitete, spielte er als Arbeitsdirektor von Saarstahl eine Schlüsselrolle bei der Abwicklung der saarländischen Stahlindustrie und der Vernichtung Tausender Arbeitsplätze. Nach erfolgreicher Arbeit im Auftrag der Stahlindustrie wurde Hartz 1992/93 auf Betreiben des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und des ehemaligen IG-Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler über die SPD-IGM-Seilschaft in den VW-Vorstand gehievt. Hartz führte bei VW die Vier-Tage-Woche ein, senkte damit das Lohnniveau deutlich, flexibilisierte die Arbeitszeit und organisierte den schleichenden Arbeitsplatzabbau. Das Projekt »5000 x 5000« ist maßgeblich von Hartz in Zusammenarbeit mit der damaligen sozialdemokratischen Landesregierung ausgearbeitet und mit Unterstützung des Betriebsrates gegen Bedenken und die anfängliche Weigerung der IG Metall Niedersachsen durchgesetzt worden (siehe Arbeiterpolitik 3/2001).

Zu den weiteren Mitgliedern der 15-köpfigen Expertengruppe gehörten u.a. drei Fachleute aus Consulting-Firmen (zum Beispiel von Mc Kinsey & Co), Vertreter von Daimler-Crysler, BASF und Deutscher Bank sowie Hans-Eberhard Schleyer (Vorsitzender des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks). Als Wissenschaftler berufen waren Werner Jann von der Universität Potsdam und Günter Schmid vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), der sich seit Jahren mit Arbeitsmarktpolitik beschäftigt und nun vom Forscher zum Täter mutierte.

Natürlich nicht eingeladen waren Vertreter der Sozialhilfe- und Arbeitsloseninitiativen oder der auf dem »zweiten Arbeitsmarkt« tätigen Wohlfahrtsverbände und freien Träger, also die von den Maßnahmen unmittelbar Betroffenen. Die Gewerkschaften waren lediglich durch zwei Personen vertreten: durch den IG-Metall-Bezirksleiter in NRW Peter Gasse und der einzigen Frau, Isolde Kunkel-Weber von ver.di. Bisher hatte man in ähnlichen Kommissionen wenigstens noch

auf eine formale Parität zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften geachtet, z.B. beim Bündnis für Arbeit. So wurde schon durch die Zusammensetzung der Hartz-Kommission deutlich gemacht, welche Funktion man den Gewerkschaften zukünftig noch zugestehen will. Sie sollen sich darauf beschränken, die Beschlüsse den abhängig Beschäftigten schmackhaft zu machen und bei der konkreten Umsetzung mitzuhelfen – quasi als Personalabteilung von Bundesregierung und den Verbänden der Wirtschaft. Die neue Rolle beschreibt Isolde Kunkel-Weber, die die Gewerkschaften vom »Image des Neinsagers« befreien will, mit den Worten: »Wir haben eine gemeinsame Wertehaltung entwickelt«. Sie befindet sich mit dieser Wertehaltung in Übereinstimmung mit etlichen Betriebsräten, welche die Interessen »ihrer« Firma mit den Interessen der Belegschaft gleichsetzen. In ihrer Betriebsratsarbeit fungieren sie als Co-Manager der Geschäfts-/Konzernführung. Die Vorschläge der Hartz-Kommission basieren auf den ideologischen Grundlagen und praktischen Erfahrungen des Co-Managements, übertragen auf die Gesellschaft, die »Deutschland AG«.

### Die Vorläufer der Hartz-Vorschläge

Viele der Vorschläge der Hartz-Kommission sind nicht neu, sie wurden bereits früher erwogen, diskutiert und zum Teil als Modellprojekte umgesetzt. Propagandistisch knüpft die Hartz-Kommission direkt an die ein Jahr zuvor von Schröder ausgelöste »Faulenzer-Debatte« an. Wesentliche Vorreiter der Neuordnung des Arbeitsmarktes waren das Job-Aktiv-Gesetz, bei dem die Leiharbeit als Vehikel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zugelassen wurde; die Einführung des Kombilohns (als Zuschuss, um Menschen in Billigjobs zu bewegen); oder z.B. das Modellprojekt MoZarT. Es dient zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe, als Vorreiter für die Zusammenführung des Arbeitsamtes und Sozialamt, Jugendamt und der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Zu den bereits praktizierten Maßnahmen gehören auch der »Vermittlungsgutschein« (zur Privatisierung der Arbeitsvermittlung), die Coachingmaßnahmen und Profiling. Bereits 1999 wurde das Bundessozialhilfegesetz geändert. Es verpflichtet Sozialhilfe-EmpfängerInnen gemeinnützige Arbeit für 3,- Mark (heute 1,50 Euro) anzunehmen und droht bei Verweigerung mit einer Kürzung der Sozialhilfe von 25 bis zu 100 Prozent (zu diesen Vorgeschichten vgl. Arpo 2/2001).

Ebenso wurden Teile des Arbeitsamtes (Verwaltungsaufgaben wie z.B. die Antragsprüfung) privatisiert und damit



NEUE ZUMUTBARKEITSREGELUNGEN GREIFEN

die Voraussetzungen für eine rasche weitergehende Privatisierung – jetzt vor allem der Arbeitsvermittlung – geschaffen. Private Vermittlungsagenturen gibt es unzählige, die bereits in den Startlöchern sitzen. Firmen die heute z.B. Coachingmaßnahmen betreuen und bekannt dafür sind, das sie mit Leiharbeitsfirmen zusammenarbeiten oder selbst als Vermittlungsagenturen agieren, könn(t)en – als PSA von morgen – die komplette Arbeitsvermittlung rasch übernehmen!

Dennoch gehen die Vorschläge der Hartz-Kommission über die bisherigen Verschärfungen hinaus, denn sie beinhalten – und das ist entscheidend – einen generellen Richtungswechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik! Die »Innovation« am »Hartz-Konzept« ist die Radikalität, mit der die einzelnen Maßnahmen unter einem neuen Leitbild zusammengefasst und miteinander verzahnt werden. Es unterwirft Beschäftigte und Erwerbslose einer neuen »Philosophie«, die treffend mit den Worten »Arbeit um jeden Preis« beschrieben werden kann. Diese so genannte Reform des Arbeitsamtes respektive der Arbeitslosenversicherung ist nach der Teil-Privatisierung der Rentenversicherung (Riester-Rente) das zweite große Vorhaben, das den Sozialstaat alter Schule nach einem ähnlichen Schema tiefgreifend verändert. Das dritte Vorhaben ist die Neuformierung der Krankenversicherung.

## Mit 40 Jahren ausgemustert

**Leserbrief zu einem Artikel in der »Süddeutschen Zeitung« vom 28. August mit dem Titel: »Jede zumutbare Stelle muß angenommen werden«.**

*»Ich bin arbeitsloser Naturwissenschaftler mit zwei Studienabschlüssen, mit langjähriger Berufserfahrung, mit Auslandserfahrung, ich habe mich stets beruflich weitergebildet. Ich verfüge über zwei abgeschlossene Ausbildungen im IT-Bereich. Meine Zeugnisse sind sehr gut. ... Obwohl es in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Stellenangeboten gab, auf die mein Bewerbungsprofil passte, füllen sich seit gut einem Jahr bei mir ganze Aktenordner mit Ablehnungen. Ich habe nämlich einen kleinen Schönheitsfehler, ich bin 45 Jahre alt. ... Das Beispiel von der »Zumutbarkeit« dokumentiert nur die Realitätsferne vom Herrn Hartz und seiner Kommission. Ein promovierter Chemiker bekommt eine Stelle als Laborsachbearbeiter nicht etwa deshalb nicht, weil er sich zu fein dafür ist, sondern weil er als überqualifiziert abgelehnt werden würde. Ich bewerbe mich schon lange für Stellen, die weit unter meiner Qualifikation liegen – leider ohne Erfolg.*

*Was tut das Arbeitsamt? Mir wurde in einem Jahr nicht ein möglicher Arbeitgeber genannt. Auch erhielt ich keine einzige Beratung über mögliche berufliche Alternativen. Kürzlich konnte ich einen Unternehmer ausfindig machen, der bereit wäre, mich einzustellen, obwohl ich seinem Anforderungsprofil nicht entspreche. Da ich deshalb in der Anfangsphase nicht kostendeckend arbeiten kann, fragte der Unternehmer beim Arbeitsamt um einen Einarbeitungszuschuss nach. Dieser wurde prompt abgelehnt. Stattdessen bin ich vor wenigen Tagen in die Arbeitslosenhilfe gefallen.*

*... Bei einer möglichen Umsetzung der Hartz-Vorschläge würde ich sofort zu den Kandidaten gehören, denen zunächst einmal die Bezüge gekürzt werden. Ansonsten würde sich für mich nichts ändern, da Fälle wie meine offensichtlich nicht vorgesehen sind.«* 19.9.2002, D. R., Nördlingen ■



## Die Bekämpfung der Arbeitslosen anstatt der Arbeitslosigkeit

Als Wunderwaffe gegen die Arbeitslosigkeit präsentierte der Bundeskanzler im Wahlkampf die Hartz-Kommission. Er berief sie ein, weil er sein 1998 abgegebenes Versprechen, die Arbeitslosigkeit unter 3,5 Millionen zu drücken, nicht einlösen konnte. Statt das Scheitern seiner marktwirtschaftlichen Arbeitsmarktpolitik einzugestehen, steckte er seine Ziele für die kommende Wahlperiode noch höher. Er ließ Peter Hartz verkünden: »Ich bleibe dabei, dass wir mit einer Projektkoalition aller Profis der Nation die Zahl der Arbeitslosen bis zum 30. Juni 2005 um zwei Millionen senken können.« Allerdings dürften die Vorschläge nicht verwässert werden, mahnte Hartz. »Das Ganze ist wie ein Puzzle. Wenn Teile fehlen, stimmt das Bild nicht mehr. Wir haben eine Bibel für den Arbeitsmarkt geschrieben.«

Was beinhaltet nun diese »Bibel für den Arbeitsmarkt«? Vorab bleibt festzustellen, dass keine einzige in dem Papier der Hartz-Kommission vorgeschlagene Maßnahme geeignet ist, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Das Motto der Hartz-Vorschläge »Eigenaktivität auslösen« geht von jener absurden Behauptung aus, dass zu wenig Eigeninitiative und mangelnde Flexibilität von Arbeitslosen bei der Stellensuche als maßgebliche Ursache der sogenannten Beschäftigungskrise anzusehen seien. Dabei ist das Mißverhältnis zwischen der Zahl der offenen Stellen und der Zahl der Arbeitslosen offensichtlich. Da gibt es einfach nichts zu vermitteln. Man

kann auch eine Hungersnot nicht dadurch bekämpfen, daß man mehr Löffel verteilt.

Viel einfacher und unternehmerfreundlicher als die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut ist die Enteignung der Armen von den ihnen noch zustehenden sozialen Absicherungen. Alle im Konzept vorgestellten Module zielen ausschließlich auf die Absenkung bestehender Leistungen, auf eine Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen sowie auf den Umbau und die Privatisierung der Bundesanstalt für Arbeit und die Abwälzung von Ausbildungskosten auf private Träger und die Eltern von Jugendlichen.

Kernstücke der Hartz-Vorschläge sind:

1. eine umfassende Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitssuchende, verbunden mit einer Absenkung der Leistungen,
2. die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, wie von den Unternehmern seit langem gefordert,
3. die Etablierung von privaten Leiharbeitsfirmen (als PersonalServiceAgenturen/PSA) bei den JobCentern, den ehemaligen Arbeitsämtern,
4. die Förderung der Ich- oder Familien-AGs,
5. die Privatisierung von Ausbildungskosten, u.a. durch die Ausbildungszeit-Wertpapiere. (Zu den einzelnen Punkten siehe Kasten. Im Zuge der Umsetzung werden sich sicher noch viele Änderungen ergeben, zum Stand gibt es jeweils aktuelle Informationen von Johannes Steffen unter: <http://www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik>)

---

## »Es ist besser zu sterben als zu betteln«, so steht in der Bibel geschrieben

Leserbrief zu einem Artikel in der »Frankfurter Rundschau« vom 21. August mit dem Titel: »Das bedeutet Arbeit ohne Lohn«.

»Die zahlreichen Befürchtungen, die in dem sehr interessanten Gespräch von Eva Roth mit Erwerbslosensprecher Martin Künkler von diesem formuliert wurden, kann ich aus meiner Erfahrung bestätigen. Einige der Hartz-Konzept-Vorschläge sind nachweisbar falsch, so dass es nur logisch ist anzunehmen, auch die anderen Vorschläge seien unbrauchbar, und daher wird sich, wie Künkler bereits ausführte, die Situation der Arbeitssuchenden drastisch verschlechtern und die Zahl der Arbeitslosen erhöhen.

In zweijähriger Suche nach einem Arbeitsplatz habe ich bisher kein einziges Angebot abgelehnt – und habe doch immer noch keinen Arbeitsplatz. Da ich weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe beziehe, wie sollen drastische Sanktionen da etwas helfen? Wird mir Erhängen angedroht? (...) Ich habe eine schulpflichtige Tochter und eine Ehefrau und wäre bereit, in der gesamten Bundesrepublik einschließlich der östlichen Bundesländer umzuziehen, geholfen hat das bisher nichts. Sanktionen à la Hartz? In bin mit meinen Lohnforderungen inzwischen brutto, vor Steuern, bei der Hälfte meines ehemaligen Netto-Arbeitslosengeldes, nach allen Abzügen, angelangt, weniger, als ich als Student mit 23 Jahren verdient habe. Das würde selbst ohne steuerliche Abzüge nicht mehr für Miete, Krankenkasse und Heizung reichen – meine Familie durchzubringen, wie Künkler es ausdrückte, wäre und ist damit definitiv unmöglich. (...) Sobald ich am Telefon mein Alter (45) nenne,

heißt es, man rufe zurück (was niemals der Fall ist), im Personalbüro wird meine Bewerbungsmappe sofort auf den Stapel »Abfall« gelegt, bei schriftlichen Absagen (die inzwischen sehr, sehr selten sind, meist erfolgt überhaupt keine Reaktion) wird davon gesprochen, meine Ausbildung entspreche nicht »ganz genau« dem Anforderungsprofil, einmal wurde ich ernsthaft gefragt, ob ich »Deutsch« schreiben könne, bei einer beigegeführten Publikationsliste, die mehr als hundert Beiträge in Deutsch und Englisch umfasst. Es erübrigt sich, über den weiteren Unsinn der Ich-AGs, Jobcenter und »Einzelprüfungen« zu sprechen. Es gibt keine Arbeit, weil Stellenabbau als Rationalisierungsmaßnahme den Aktienkurs steigert und von bankabhängigen Beratern empfohlen wird. Viele Stellenanzeigen sind nur zur Tarnung der schlecht laufenden Geschäfte, damit die Hausbank ruhig bleibt. (...) Es gibt bereits heute Dutzende von Tricks und Fallen, mit denen die Arbeitssuchenden legal, das heißt streng nach Recht und Gesetz, betrogen werden. So ist ein Jahr Arbeitslosigkeit kein Jahr, sondern nur 360 Tage, und damit erlischt am 361. Tag automatisch die Krankenversicherung, auch die des Kindes, streng nach dem Gesetz. ...

Rechtsverbindliche Auskünfte, die gerade für Nichtjuristen in einer solch lebensbedrohenden Situation überlebensnotwendig sind, werden Arbeitslosen selbst auf mehrfache schriftliche, mündliche, telefonische und gefaxte Anfrage nicht erteilt. Und mutet es nicht wie eine Verhöhnung an, wenn die Vermittlung eines einzigen Arbeitsplatzes mit rund 60 Euro monatlichem Bruttoeinkommen in einem ganzen Jahr Vermittlungstätigkeit als Erfolg des Arbeitsamtes, zukünftig Jobcenter, bejubelt wird? Es gibt ein tröstendes Bibelzitat: »Es ist besser zu sterben als zu betteln«.

Dr. G. S., Ffm. ■

Mit der Umsetzung der Hartz-Vorschläge wird zwar kein einziger Arbeitsplatz geschaffen, aber ein Teil der Erwerbslosen wird mittels der Sanktionen nicht nur aus dem Bezug von Leistungen, sondern auch aus der Statistik herausgedrängt oder in den Niedriglohnbereich abgeschoben. Die dorthin Verdrängten verschwinden ebenso aus den Statistiken, wie ihre Lebensumstände aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Mit Hilfe des Bridge-Systems sol-

len ältere Arbeitnehmer (ab 55 Jahre) aus dem regulären Beschäftigungssystem bzw. Leistungsbezug aussteigen, allerdings mit erheblichen Einbußen (bis 36%) an ihrer zukünftigen Rente. Auch sie werden als Arbeitslose nicht mehr registriert.

Die Funktion der Arbeitslosenversicherung, wie wir sie aus den Zeiten besserer Konjunktur kennen, wird endgültig in ihr Gegenteil verkehrt. Die zumindest zeitweilige finanzi-

---

## Aus den Vorschlägen der Hartz-Kommission:

### 1. Die neue Zumutbarkeit

»Ohne Leistung keine Gegenleistung«, nach diesem Motto wurden die Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose u. a. nach materiellen, geografischen und funktionellen Aspekten neu definiert.

Der materielle Aspekt beinhaltet, dass generell Jobs mit einem geringeren Lohn als der vorherige angenommen werden müssen. Bei bis zu drei Monaten Arbeitslosigkeit sind 20 Prozent weniger in der Lohntüte zumutbar, nach drei Monaten 30 Prozent. Nach einem halben Jahr muß der Arbeitssuchende auch eine Beschäftigung in Höhe des Arbeitslosengeldes (ALG) antreten. Grundsätzlich allen zumutbar ist mit Beginn der Arbeitslosigkeit ein bis zu 6-monatiges Probe-Praktika per PSA-Leiharbeit in Höhe des ALG.

Die Neudefinition geografischer Aspekte zielt auf eine bundesweite Mobilität der Betroffenen. Generell kann ein Umzug von alleinstehenden und jüngeren Arbeitslosen und von Langzeitarbeitslosen (ob mit oder ohne familiären Anhang) verlangt werden. Ein Umzug aufgrund von Teilzeit- oder kurzfristigen Beschäftigungen soll nur dann nicht zumutbar sein, wenn die Kosten für den Umzug höher sind als das zu erwartende Einkommen. Nach drei Monaten Arbeitslosigkeit ist eine tägliche Pendelzeit zu akzeptieren sowie für Jüngere und Alleinstehende eine BRD-weite Vermittlung; nach sechs Monaten müssen alle eine bundesweite Vermittlung akzeptieren.

Hinter dem funktionellen Aspekt verbirgt sich die Vermittlung in Jobs auch weit unterhalb der erlernten und bisher ausgeübten Qualifikation. Dies ist vor allem dann zumutbar, »sobald festgestellt werden kann, dass eine berufliche Statusminderung unvermeidlich ist, um den Bezug von Arbeitslosengeld zu beenden«.

An die Zumutbarkeitskriterien sind neue flexible Sanktionsmaßnahmen gekoppelt. Die Leistungen können gemäß der alten Regelung stufenweise für eine bestimmte Zeit (4, 8 oder 12 Wochen) gestrichen werden. Hinzu kommt die Möglichkeit der Senkung der Höhe des Arbeitslosengeldes um 10, 20 oder 30 Prozent auf Dauer. Die flexiblen Sanktionsregelungen sollen dosiert eingesetzt werden können. Die MitarbeiterInnen des JobCenters werden angewiesen, sich auf kein »Spiel mit dem Kunden« einzulassen. »Verletzt der Kunde (Arbeitslose) die Regeln, indem er ... die angebotenen Möglichkeiten nicht annimmt und keine Bereitschaft zu aktiver Mitwirkung zeigt, wird das JobCenter in angemessener und differenzierter Weise seine Leistungen reduzieren oder schließlich einstellen«, heißt es dazu drohend.

Ob ein Job zumutbar ist, entscheidet zunächst das JobCenter. Es muss allerdings die Zumutbarkeit nicht nachweisen. Die Beweislast wurde umgekehrt, sie liegt jetzt beim Arbeitslosen. Hält er eine Arbeit für unzumutbar, kann der betreffende das

nur beim Sozialgericht oder dem neuen »Beschwerdemanager« einklagen. Dies gilt auch für alle Einwände die den persönlichen Bereich des Arbeitslosen betreffen, wie z.B. Krankheit, gesundheitliche Einschränkungen oder familiäre Umstände.

### 2. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Wer gekündigt wird und zuvor in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, erhält für maximal zwölf Monate das Arbeitslosengeld I (ALG I) und im Anschluß das neue Arbeitslosengeld II (ALG II). Das ALG II erhalten darüber hinaus alle als arbeitsfähig eingestuften Personen, auch wenn sie bisher Sozialhilfe bezogen haben. Sozialhilfe, jetzt Sozialgeld genannt, erhalten nur noch als arbeitsunfähig eingestufte Personen, also Rentner oder Kranke (vom ärztlichen Dienst des JobCenter bescheinigt). Berechnungsgrundlage für das ALG I ist generell der Durchschnittslohn der letzten zwölf Monate. Die jährliche Anpassung des Bemessungsgeldes an das allgemeine Lohnniveau wird allerdings abgeschafft und das Arbeitslosengeld soll in Zukunft stärker mit dem Einkommen des Lebens-/Ehepartner verrechnet werden.

Das ALG II ist von der Dauer her unbegrenzt. Die Höhe der zu erwartenden Leistungen bleibt im Hartz-Bericht offen. Sie dürften aber nicht wesentlich über dem Satz der bisherigen Sozialhilfe bzw. des zukünftigen Sozialgeldes liegen. »Der Umfang des ALG II knüpft sich dabei an die Bereitschaft des Arbeitslosen zur Mitwirkung an den Integrationsmaßnahmen.« Wer aufgrund von Sanktionen aus dem ALG II fällt, hat keinen Anspruch auf Sozialhilfe bzw. Sozialgeld.

### 3. Die PersonalServiceAgenturen (PSA) und die Ausweitung der Leiharbeit

Die PSA sind das »Herzstück der Vermittlungsförderung« heißt es im Bericht. Mit PSA sind entweder private Dienstleister (Zeit- bzw. Leiharbeitsfirmen oder Arbeitsvermittler) im Auftrag des Arbeitsamtes oder vom Arbeitsamt selbst in Kooperation mit regionalen Trägern gegründete PSA gemeint. Eine Anlehnung der PSA-Tarife an Randstadt, eine der größten Zeit/Leiharbeitsfirmen, ist im Gespräch. Hier beträgt der Lohn 6,20 Euro die Stunde. Wohin die Reise noch gehen kann zeigt ein aktuelles Beispiel. Am 15. Juli 2002 erstattete die gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt (Galida) Anzeige gegen zwei Zeitarbeitsfirmen aus dem Stellen-Informationsservice des Arbeitsamtes wegen »Verdachts des Lohnwuchers«. Hier lagen die Löhne zwischen 4 und 5,50 Euro.

Die Ausweitung der Leiharbeit durch die PSA und andere private Arbeitsmarktdienstleister soll dazu führen, dass sich die Zahl der Leiharbeiter von heute etwa 300.000 auf 1,3 Millionen im Jahre 2010 erhöhen wird, der Anteil von heute 0,8

elle Absicherung ermöglichte es den Betroffenen, nicht jede noch so gering entlohnte Arbeit annehmen zu müssen. Die Bestimmungen der Hartz-Vorschläge zwingen die Erwerbslosen fast alles bedingungslos zu akzeptieren. Die von der gestiegenen Arbeitslosigkeit hervorgerufene Spaltung und Konkurrenz wird weiter forciert. Das Ineinandergreifen der verschiedenen Module verbunden mit den in die Wege geleiteten neuen Verordnungen und Gesetzen wird nicht nur zu

einer völligen Umkrepelung und Privatisierung der Arbeitsämter (der zukünftigen JobCenter) führen. Es zielt auf die Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes insgesamt und führt darüber zu einer Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus.

»Zur Reform und Erneuerung gehört auch, manche Ansprüche, Regelungen und Zuwendungen des deutschen Wohlfahrtsstaates zur Disposition zu stellen. Manches, was

Prozent Leiharbeit würde in Richtung niederländischer Verhältnisse mit aktuellen 4,1 Prozent vorangetrieben. Dazu müssen bisherige Einschränkungen fallen. So soll Leiharbeit auch im Bauhauptgewerbe, wo sie bisher verboten ist, erlaubt werden. Und der jeweilige Leiharbeits-Zeitraum, der nach dem JobAqtiv-Gesetz (auch erst seit Januar 2002 in Kraft) auf zwei Jahre begrenzt ist, soll wegfallen.

Neben dem Druck auf das bestehende Lohnniveau und dessen Absenkung führt die Ausweitung der Leiharbeit auch zu einem Verdrängungseffekt gegenüber regulären Arbeitsverhältnissen. Leiharbeit erschwert die gewerkschaftlicher Organisation im Betrieb durch die Aushebelung von Rechten aus dem Betriebsverfassungsgesetz und aus bestehenden Tarifvereinbarungen. »Als Leihfirmen können sie (die PSA) die Problematik des Kündigungsschutzes für die Unternehmen aushebeln, die Einstiegsgehälter für Arbeitslose senken und ihr Humankapital frisch halten.« (Klaus Zimmermann vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, FAZ vom 12.8.2002)

#### 4. Die »Ich-« oder »Familien-AG« und der »Mini-Job«

Eine ähnliche Auswirkung wie die Verbreiterung der Leiharbeit hat die Schaffung der »Ich-AGs« und der »Mini-Jobs«. Ihr Ziel ist die »Schaffung und Vergrößerung des Marktes für Dienstleistungen und andere einfache Arbeiten, die Flexibilisierung der Beschäftigten in kleineren Unternehmen und Handwerksbetrieben sowie die Förderung der Selbständigkeit«. Die Anzahl von als »Ich-AG« Beschäftigten kann in einem Unternehmen bis zu 50 Prozent der normal Beschäftigten (Prinzip 1 zu 1) betragen; für die Beschäftigung in Privathaushalten gilt keine Begrenzung. Damit formuliert die Hartz-Kommission eine ausdrückliche Einladung zunächst an Klein- und Handwerksbetrieben die halbe Belegschaft zu »Ich-AGs« zu machen. Der Unternehmer entledigt sich aller Risiken, also auch der sozialen Absicherung, für die Betroffenen. Die Arbeitslosen werden in die Scheinselbständigkeit gedrückt und der Austausch- und Verdrängungswettbewerb wird auch hier forciert.

Die »Schaffung und Vergrößerung des Marktes für Dienstleistungen und andere einfache Arbeiten« soll auch durch die Anhebung der Verdienstgrenze für Mini-Jobs von 325 auf 500 Euro gefördert werden. Die gegenwärtigen Sozialversicherungsbeiträge von 22 Prozent sollen durch eine Sozialversicherungspauschale von zehn Prozent ersetzt werden.

#### 5. Die Mini-Ausbildung und das Ausbildungszeit-Wertpapier (AZWP)

Gemäß einer Orientierung am Arbeitskräftebedarf der Unternehmen sollen neue »arbeitsmarktfähige Ausbildungsberufe« geschaffen werden. Dies wurde ähnlich bereits im Bündnis für Arbeit unter dem Stichwort »Ausbildung und Wettbewerbs-

fähigkeit« vereinbart. Mehr Ausbildungsordnungen mit, laut Bericht, »weniger komplexen Anforderungen« sollen geschaffen werden. Dem entsprechend werden dann den Jugendlichen vom neuen JobCenter »arbeitsmarktfähige Qualifizierungsbausteine aus bestehenden Ausbildungsberufen« angeboten. Die Schaffung von »Einfacharbeitsplätzen und Übungswerkstätten besonders für benachteiligte Jugendliche« ist vorgesehen. In diesem Sinne wurden bereits für das kommende Berufsschuljahr (Herbst '02) neue Lehrpläne eingeführt. »Die Innenministerkonferenz will damit die theoretische außerbetriebliche Ausbildung von 19 dualen, teils neuen Ausbildungsberufen besser an die jeweiligen beruflichen Anforderungen anpassen«. (Aus: »Berliner Morgenpost« vom 25.08.2002)

Eine »Mini-Ausbildung« für den Mini-Job und dem entsprechenden Mini-Lohn wird geschaffen.

Das System des »Ausbildungs-Zeit-Wertpapiers« (AZWP) lobt sich selbst als eine »Gemeinschaftsaktion aller gesellschaftlichen Gruppen«. Es soll ein Fond zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen geschaffen werden. In diesen Fond fließen folgende Gelder: Zuschüsse der Arbeitsverwaltung, Kostenanteile der Ausbildungsbetriebe und (private) Spenden. Darüber hinaus sollen Einnahmen aus einem landesweiten Rabattsystem kommen. Unter dem Motto »Rabatte für mehr Ausbildung« kann jede/r über sein individuelles Rabattkonto beim täglichen Einkauf ganz privat Mittel locker machen, die für die Finanzierung von Ausbildungsplätzen eingesetzt werden. Die Umsetzung und Verwaltung des Fonds läuft über gemeinnützige lokale oder regionale Stiftungen. Sie akquirieren und werben die finanziellen Mittel. Die Stiftungen agieren als Garanten für die Ausbildung. Sie verkaufen auch die zweck- und personengebundenen »AusbildungsZeit-Wertpapiere«, an die so genannten Schenker. Die »Schenker« sind Eltern, Großeltern, Verwandte usw., die für ihre Kinder oder Enkelkinder Wertpapieranteile »in beliebiger Höhe erwerben« können und diese dem Jugendlichen »schenken«. Dem/Der InhaberIn eines AZWP wird über eine »mündelsichere Anlage am Kapitalmarkt« (Kapitalsammelstelle) die »Verfügbarkeit des Ausbildungsplatzes« durch die Stiftung garantiert. Nach einem festgelegten Schlüssel für den Arbeitgeber von 1 zu 1, könnten dann in Zukunft die wenigen vorhandenen Ausbildungsplätze zu 50 Prozent als reguläre Ausbildungsplätze und zu 50 Prozent als Ausbildungsplätze über das AZWP per Lehrgeld privat finanziert werden.

Mit dem AZWP wird der Ausbildungs- oder Studienplatz zur (ver)kaufbaren Ware! Nur wer Geld hat, kann in Zukunft seinen Kindern einen qualifizierten Ausbildungsplatz kaufen. Jugendlichen ohne reiche Eltern oder Gönner bleiben auf der Mini-Ausbildung oder Hilfsarbeiterjobs sitzen.

(in Zusammenarbeit mit dem Gegeninformationsbüro,  
Stand: Oktober 2002) ■

auf die Anfänge des Sozialstaates in der Bismarck-Zeit zurückgeht und vielleicht noch vor 30, 40 oder 50 Jahren selbstverständlich und berechtigt gewesen sein mag, hat heute seine Dringlichkeit und damit seine Berechtigung verloren.« (Bundeskanzler Schröder in seiner Regierungserklärung am 29. Oktober 2002)

Die absehbaren Folgen sorgen schon jetzt für Beunruhigung. So fürchten die Träger der gesetzlichen Sozialversicherungen, u.a. die Krankenkassen, erhebliche Einnahmerückgänge durch die Ausweitung der Mini-Jobs sowie durch eine Zunahme der Leih- und Zeitarbeit. Die so geschaffenen »Sachzwänge« dienen dann der »Legitimation« weiterer Einschnitte bei der Kranken- oder Rentenversicherung. Das gilt auch für viele Vorschläge der Hartz-Kommission, von denen noch nicht klar ist, wie und ob sie denn konkret umgesetzt werden können. Die schon auf den Weg gebrachten Änderungen schaffen Fakten, die der weiteren Entwicklung die entsprechende Richtung vorgeben.

Wie solche Nachbesserungen ausfallen werden, kann man am aktuellen Umgang mit der rot-grünen Steuerreform erkennen. Offensichtlich hat die Entlastung der Kapitalisten nicht zu den erwarteten Investitionen geführt. Dieser Fehlschlag ist aber kein Grund, die zugrunde gelegten Vorstellungen zu überprüfen. Statt dessen wird mit den Fehlständen der öffentlichen Kassen eine Politik verschärfter Ausgabenkürzungen begründet, die alle, die es besonders trifft, die als abhängig Beschäftigte kein privates Vermögen ansammeln können und auf öffentliche Dienstleitungen angewiesen sind.

Einiges deutet darauf hin, dass wir zukünftig ein »Problem« haben werden, das aus den USA bestens bekannt ist, in der Bundesrepublik aber bisher weitgehend vernachlässigbar schien: Armut trotz Beschäftigung. Schon heute werden in Beschäftigungsmaßnahmen auf dem Zweiten Arbeitsmarkt so geringe Löhne gezahlt, dass z.B. etwa zehn Prozent der Berliner ABM-Beschäftigten Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe haben.

### Hartzer Umverteilung

Die Verwirklichung der Hartz-Pläne wird sich allein für das Unternehmerlager bezahlt machen. Von der geplanten Kürzung für die Arbeitslosenversicherung von jährlich 40 Milliarden auf 13,2 Milliarden Euro wird sich ein erheblicher Anteil in den Taschen der Unternehmen wiederfinden. Denn die Kosten für die Arbeitslosenversicherung müssen von ihnen als Lohnbestandteile aufgebracht werden und reduzieren sich entsprechend. Die Einsparungen durch den Wegfall des Kündigungsschutzes bei Leih- und Zeitarbeit sowie durch eine Absenkung des Lohnniveaus lassen sich kaum abschätzen, dürften aber die direkten Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung um ein vielfaches übersteigen. Die Prämien für Neueinstellungen und eine »positive Beschäftigungsbilanz« – verbilligte Kredite und verminderte Sozialausgaben – sind demgegenüber nicht mehr als ein Sahnehäubchen, das ohnehin geplante Maßnahmen zusätzlich versüßt.

Obwohl die Unternehmerverbände weitergehende Vorstellungen und Forderungen haben, stimmten sie den Plänen zu, weil sie in ihnen einen ersten, entscheidenden Schritt zur Zerschlagung der bisherigen Strukturen der Arbeitsvermittlung sehen. Das ursprüngliche Vorhaben von Hartz – die Arbeitslosenunterstützung generell zu senken – mussten sie



vorerst fallenlassen, als Zugeständnis, um die Gewerkschaften mit »ins Boot« zu holen. Davon versprechen sie sich, den sozialen Abbau im breiten gesellschaftlichen Konsens aller Gruppen, den sogenannten »Profis der Nation«, ohne Widerstand und Reibungsverluste durchsetzen zu können. Mit dem DGB-Vorsitzenden Sommer wissen sich die Unternehmervertreter bei der Umsetzung der Hartz-Vorschläge und der generellen Ausrichtung zukünftiger »Reformen« einig.

»... Deutschland muss sozial gerecht modernisiert werden. Dieses Ziel spiegelt sich in den Koalitionsvereinbarungen der neuen Bundesregierung. Deshalb hat der DGB der Bundesregierung seine konstruktive und kritische Begleitung angeboten. ... Dabei bleiben die Gewerkschaften bei ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu den Plänen der Hartz-Kommission. ... Sozial gerechte Modernisierung umfasst jedoch weitaus mehr. Deutschland braucht eine umfassende Gesundheitsreform: Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt fordert hier eine stärkere Betonung von Leistung und Wettbewerb. Dabei muss allerdings gewährleistet sein, dass mehr Wettbewerb den Patientinnen und Patienten nutzt. ...« (Michael Sommer, 21.10.2002 in der »Welt«)

### Unmut und Kritik innerhalb der Gewerkschaften

Innerhalb der Gewerkschaften hat die Haltung des DGB und die Zustimmung aus den Vorstandsetagen der Einzelgewerkschaften unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Auf der einen Seite fanden die ersten Presse-Informationen über die Ziele der Hartz-Vorschläge bei KollegInnen in den Betrieben auch Zustimmung. Sie teilen die in der Gesellschaft verbreiteten Vorurteile gegenüber Arbeitslosen und sind teilweise immer noch der Meinung, das jeder, der arbeiten will, auch Arbeit bekommen kann. Deshalb halten sie es auch nicht für falsch, dass Druck auf die Arbeitslosen ausgeübt wird. Dass man bei einer Neueinstellung sowohl beim Lohn wie bei sonstigen Regelungen (Weihnachtsgeld etc.) Zugeständnisse machen muss, sehen sie als wenig problematisch an. Es entspricht ihrer Lebenserfahrung. Auch viele Betriebsräte und lokale Funktionäre sind gegenüber Neueingestellten zunächst skeptisch. Sie sehen sich primär als Vertreter der langjährig im Betrieb Beschäftigten an. Und solange denen keinen Einbußen drohen, besteht für sie kein Anlass, aktiv zu werden.

Die Gewerkschaftsführungen können sich auf solche Vorurteile stützen, die ja sogar unter den Arbeitslosen selbst weit verbreitet sind. Anders als gewerkschaftliches Bewusstsein entstehen solche Vorurteile ganz selbstverständlich aus dem alltäglichen Gang der Dinge. Indem sich die Gewerkschaften solchen Vorurteilen anpassen, entfernen sie sich immer weiter von ihrer eigentlichen Aufgabenstellung: die KollegInnen zusammenführen und die kapitalistische Konkurrenz eindämmen, um einen möglichst hohen Preis für die Arbeitskraft auszuhandeln oder zu erkämpfen. Die Realisierung der Hartz-Vorschläge wird zwangsläufig die Fundamente untergraben, auf dem die letzte, noch bestehende Errungenschaft der Gewerkschaften, der Flächentarifvertrag, gebaut ist. Die Zustimmung durch Sommer, Bsirske, Zwickel etc. kommt der schrittweisen Selbstdemontage gleich. Sie leistet der, durch die Arbeitslosigkeit verschärften, gegenseitigen Konkurrenz weiteren Vorschub.

Darum gibt es unter den gewerkschaftlich Aktiven eine Welle der Kritik. Allein bei ver.di haben ganze Landesbezirke (Bayern, NRW) die Hartz-Vorschläge abgelehnt – so auch die gewerkschaftlichen Fachgruppen im Gesundheitswesen Berlins. Hier haben in den letzten Jahren die Beschäftigten die Folgen der »Reformen« – sprich Privatisierungen – und die passive Haltung von ver.di/ÖTV hautnah erleben müssen. Weitere Einschnitte bei der Krankenversicherung sind angekündigt. Inzwischen hat sich der gesamte ver.di-Bezirk Berlin der Kritik angeschlossen. In zahlreichen Stellungnahmen, Entschlüssen und Resolutionen sprechen sich die KollegInnen gegen eine weitere Mitarbeit am Hartz-Konzept aus und fordern statt dessen eine breite Informationskampagne in der Mitgliedschaft und die Einleitung gewerkschaftlichen Widerstandes (siehe auch Resolution von ver.di, Hessen-Süd). Ein solcher Widerstand muss über die Resolutionen hinausgehen und die KollegInnen in den Betrieben und die Betroffenen mobilisieren. Wer sich über die Breite und den aktuellen Stand der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung informieren will, kann das unter [www.labournet.de](http://www.labournet.de) tun.

Um dem zunehmenden Druck aus den eigenen Reihen abzufedern, aber auch angesichts eigener Sorgen, wie man einen »Fuß in der Tür« behalten kann, haben die Gewerkschaften (Zwickel beim Bundeskanzler, Bsirske bei den Grünen) interveniert. Unter heftigem Protest der Unternehmerverbände wurde kurzfristig noch eine Änderung aufgenommen: »Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) wird der Grundsatz festgeschrieben, dass Leih-arbeitnehmer während der Dauer der Überlassung wie vergleichbare Arbeitnehmer des entleihenden Unternehmens hinsichtlich der wesentlichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen gleichbehandelt werden müssen.« Was die »wesentlichen Arbeitsbedingungen« sind wird nicht näher definiert. Abweichungen von dieser Gleichbehandlung sind aber nicht nur in den ersten sechs Wochen möglich, sondern generell durch tarifvertragliche Vereinbarungen zwischen Verleiher (z.B. den PSA) und



Am 15. November in Berlin vor dem Bundestag: Kundgebung des Anti-Hartz-Bündnisses, das verbal vom DGB unterstützt wurde.

Gewerkschaften. Selbstverständlich kann in solchen Tarifverträgen dann auch ein deutlich geringeres Arbeitsentgelt vereinbart werden. Diese Änderung soll die Ausrichtung und die Folgen des Hartz-Konzeptes nicht verändern. Es handelt sich – nach den Worten von Rainer Wend, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit des Bundestages (SPD) – um eine »Auffangregelung«, um ein »Druckmittel«, um den Abschluß von Tarifverträgen mit den Leiharbeitsfirmen zu fördern. Formal ist der Einfluß der Gewerkschaften gestiegen. Ihre Vorstände fühlen sich jetzt durch das »Entgegenkommen« und die »Einsicht« der Bundesregierung bestätigt. Tatsächlich schließt der Zwangscharakter der Beschäftigung in den PSA eine normale gewerkschaftliche Arbeit aus. Und ohne eine eigene Basis in den Firmen werden sich die Gewerkschaften schon morgen zu haarsträubenden Kompromissen »gezwungen« sehen.

Kritik an ihrer Haltung versuchen die Vorstände zu deckeln. So wurde beispielsweise die Diskussion im Gewerkschaftsrat von ver.di nach zwei kritischen Beiträgen abgebrochen. In der zentralen Gewerkschaftspresse spiegelt sich die Debatte entweder überhaupt nicht oder höchstens verkürzt und verfälscht wieder. Mit zwei zentralen Argumenten versuchen die Befürworter von Hartz ihre Politik zu rechtfertigen:

1. Nur durch ihre Mitarbeit könnten die Gewerkschaften Einfluß auf die geplanten Vorhaben nehmen und die schlimmsten Vorschläge abwenden.

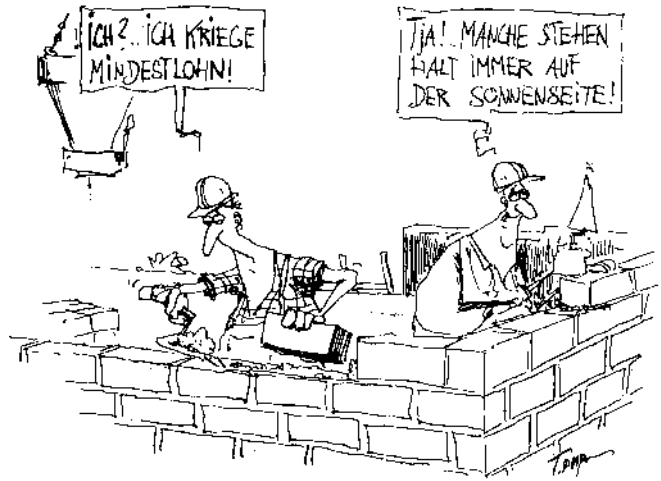
2. Man werde nach den erfolgten Zugeständnissen in der Öffentlichkeit in die Offensive gehen und von der Politik und den Unternehmern Verantwortung und die versprochene Schaffung von Arbeitsplätzen einfordern.

Beide Argumente sind durch die Erfahrungen der letzten Jahre bereits widerlegt. Die im »Bündnis für Arbeit« ohne Not gemachten Kompromisse wurden nicht honoriert und das Einfordern der gemachten Zusagen blieb eine hilflose öffentliche Geste, die den schwindenden Einfluß der Gewerkschaften widerspiegelte. Das Unternehmerlager hatte sich mit seinen Zugeständnissen nur das Stillhalten der Gewerkschaften erkaufte; es hat seine Pläne deshalb nicht aufgegeben, sondern nur aufgeschoben. Das gebieten allein schon seine ökonomischen Interessen. Dabei bemisst sich die Halbwertszeit gemachter Zusagen nicht mehr nach Jahren oder Monaten, sondern nur noch nach Wochen bzw. Wahl-

terminen. Die Vereinbarung, nach der es keine generelle Kürzung des Arbeitslosengeldes geben wird, wurde zur Hälfte schon revidiert. So werden die Einkommen des Ehe-/Lebenspartners stärker verrechnet und Freibeträge gekürzt - aus diesen Änderungen sollen »Einsparungen« in Höhe von 2,5 Mrd. Euro schon im ersten Jahr entstehen. Das ist zwar keine Kürzung für alle aber für einen erheblichen Teil - für ganze Gruppen - unter den Arbeitslosen. Ähnlich verhält es sich mit der gemachten Zusage über die Einrichtung einer zentralen, bundesweiten PSA-Holding, mit der die Gewerkschaften einen Tarifvertrag abschließen könnten. Davon ist in der Gesetzesvorlage der Regierungskoalition nichts enthalten.

Die Abwicklung von Riester mitsamt seinem Ministerium für Arbeit zeigt, dass die rot-grüne Bundesregierung den Gewerkschaften nur noch eine untergeordnete Bedeutung zugestehen will. Auch die Unternehmerverbände, die bürgerlichen Oppositionsparteien und einzelne SPD-»Sozialpolitiker« wie der neue Vorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit, Gerster, machen nach der Wahl weiter mobil. Die Verbände der Wirtschaft bereiten in der Öffentlichkeit den Boden vor für ihre zentralen Anliegen: Die Revision der Flächentarifverträge und eine Einschränkung des Kündigungsschutzes, weil nur so die Vorschläge der Hartz-Kommission ihre volle Wirksamkeit entfalten könnten.

Unsere aktuelle Aufgabe besteht darin, die vorhandenen Kritik bekannt zu machen und zu verbreitern sowie, wo es mit den KollegInnen zusammen möglich ist, der Kritik praktische Konsequenzen folgen zu lassen. Unsere Ausgangsbedingungen in den Gewerkschaften haben sich verbessert. In den letzten Jahren gab es kein Thema, das ein derart großes politisches Interesse erregt hat und bei dem die Vorstände auf so viel Ablehnung stießen. Dabei berührt das pro und contra der Debatten über die Hartz-Konzeption direkt die Grundsatze Frage. Sollen die Gewerkschaften ihre Zusammenarbeit mit Staat und Kapital, wie z.B. beim »Bündnis für Arbeit«,



weiter fortsetzen oder sich als eigenständige, kämpferische Opposition gegen die bestehenden Verhältnisse begreifen. Die Fortsetzung der Gewerkschaftspolitik im Sinne der ersten Antwort läuft hinaus auf die weitere schrittweise Preisgabe der Interessen der Mitglieder und aller Abhängigen (ob beschäftigt oder nicht).

Die Opposition gegen die sozialpartnerschaftliche Ausrichtung der Gewerkschaften ist bisher schwach, hat regional ein unterschiedliches Gewicht und ist öffentlich kaum wahrnehmbar. Die aktuelle Debatte eröffnet die Chance, Diskussionen über die politischen Rolle gewerkschaftlicher Politik am Beispiel Hartz-Vorschläge in einem größeren Kreis interessierter KollegInnen zu führen. Auf Dauer werden wir ohne eine organisierte, innergewerkschaftliche Opposition den weiteren Prozeß der Selbstdemontage nicht aufhalten können. Die nächsten Zumutungen stehen bereits vor der Tür: die angekündigte generelle Revision der sozialen Sicherungssysteme, diesmal mit einer »Rürup-Kommission«, die Gesundheitsreform, die Reform der »Rentenreform«.

20.7.2002 ■

■ KORRESPONDENZ AUS HAMBURG:

## Hamburger Berufsschulwesen vor der Zerschlagung

HANDELSKAMMER UND BEHÖRDE WOLLEN PRIVATISIEREN

Nach den Sommerferien 2002 wurde in den Kollegien der Hamburger Berufsschulen publik, dass die Handelskammer der Stadt beabsichtigt die Berufsschulen in ihre Trägerschaft zu übernehmen. Unter dem Titel »Wirtschaft übernimmt Berufsschulen« setzte die Handelskammer eine Projektgruppe ein, die Konzepte erarbeiten soll, wie man die Berufsschulen möglichst »unverzüglich und unumkehrbar« an einen »wirtschaftsnahen Träger« übertragen könne. Damit wolle man dem Ziel einer »idealen Berufsschule« näher kommen. Mitte November sollten die Konzepte veröffentlicht werden.

Schon seit geraumer Zeit ist bekannt, dass die Handelskammer Hamburg, insbesondere ihr Geschäftsführer Schmidt-Trenz, die Privatisierung des Schulwesens fordert und die ideologische Speerspitze dessen darstellt, was man unter neoliberaler Bildungsoffensive zu verstehen hat. Nun, mit dem neuen Rechtssenat von Schwarz-Schill und vor

allem mit dem neuen Bildungssenator Lange von der FDP, der von Bildung nichts versteht, sondern wie ein Kleinunternehmer denkt, witterte die Handelskammer eine Chance, endlich von der ideologischen Offensive zur praktischen Umsetzung kommen zu können. Die Berufsschulen sollen das Einfallstor darstellen, durch das man langfristig einen Angriff auf das gesamte Schulsystem fahren kann. So spricht die Handelskammer auch davon, man wolle »Hamburg bundesweit als Modell positionieren«.

Von Seiten der Handelskammer gibt es außer dem Hinweis auf die notwendige »Effizienzsteigerung« keine weitere Begründung dafür, warum man die Berufsschulen übernehmen wolle, das heißt man will einsparen, »abspecken«, »verschlanken« usw.

Tatsächlich hat wohl das Amt für Berufs- und Weiterbildung in der Schulbehörde die Handelskammer erst auf den Gedanken gebracht, ihre Privatisierungspläne zunächst bei

den Berufsschulen ausprobieren zu wollen. Am 1. Juli diesen Jahres beschloss das Amt den Start eines Projektes, das die Umwandlung der Berufsschulen in sogenannte Berufsbildungszentren mit »eigener Rechtsform und neuem Trägerstatus« vorbereiten soll. Mehrere Berufsschulen sollen organisatorisch unter einem Dach zusammen gefasst werden (drei bis 4000 SchülerInnen, so hört man), wobei diese nicht mehr in staatlicher Regie, sondern als »Anstalten des öffentlichen Rechts« geführt werden sollen. Und hier liegt sowohl der Hase im Pfeffer als auch der Berührungspunkt mit den Plänen der Handelskammer, denn auch diese will die Berufsschulen als Anstalten des öffentlichen Rechts betreiben.

### Was steckt hinter den Plänen?

Beiden Vorstellungen ist u.a. gemeinsam, dass die Berufsschulleitungen um einen wirtschaftlichen Leiter ergänzt und die wirtschaftliche Rechnungsführung eingeführt werden soll. Die Berufsschulen würden zu Unternehmen, die mit der Ware Bildung handeln. Beide Pläne beinhalten im Kern einen ersten Schritt zur Privatisierung, das können auch alle Behauptungen der Behörde und der Kammer, von Privatisierung könne keine Rede sein, nicht verschleiern. Sollten diese Pläne durchgesetzt werden, dann droht dem heutigen Hamburger Berufsschulwesen die Zerschlagung.

In den Hamburger Berufsschulen werden schon seit einiger Zeit aufgrund der ökonomischen Entwicklung und des Abbaus von Ausbildungsplätzen durch die Unternehmen immer weniger Schüler im dualen System (also der klassischen beruflichen Ausbildung mit zwei Drittel Betrieb und einem Drittel Schule), dafür immer mehr Schüler in Vollzeitschulformen wie Fachschulen, Handelsschulen, berufliche Gymnasien, Berufsvorbereitungsklassen usw. unterrichtet. Letztere sind aber unter dem Primat einer betriebswirtschaftlichen Rechnungsführung ineffizient, weil zu teuer. Das heißt, hier würden vor allem Jugendlichen die schulischen Möglichkeiten versperrt werden, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten haben und über die Berufsschulen einen Ausbildungs- und Bildungsweg suchen. Darüber hinaus ermöglicht die geplante Statusveränderung ein ganz anderer Umgang mit dem pädagogischen Personal: Unkündbare Beamte sollen ersetzt werden durch möglichst flexibel einsetzbare Lehrkräfte mit unterschiedlichsten Verträgen.

### Das Unternehmerinteresse setzt sich durch

Die Handelskammer versetzte mit ihrem Vorstoß das Amt für Berufs- und Weiterbildung in helle Aufregung, da nach ihrem Konzept diese Behörde komplett abgeschafft werden soll. Statt dessen sollen die etwa 50 Hamburger Berufsschulen in mehrere selbständige Zentren zusammengefasst und durch drei(!) Leute als Oberaufsicht geleitet werden. Dahinter verbirgt sich das Ziel, allen »Ballast« wie Vollzeitschulformen zu schließen oder an das staatliche Schulwesen abzugeben und sich auf das »Kerngeschäft« zu konzentrieren, das heißt auf die Auszubildenden im dualen System. Zugleich will man damit auch einen direkten Zugriff auf deren schulische Ausbildungsinhalte bekommen. Dabei formuliert die Handelskammer auch das Unternehmerinteresse an einer Verringerung der Schulzeit zugunsten einer Verlängerung der betrieblichen Ausbildungszeit. Die Auszubildenden sollen länger als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Faktisch geht es um Erhalt oder Abschaffung des zweiten Berufsschultags und damit des so genannten »Lernbereich 2« (all-

gemeinbildende Fächer wie Deutsch, Politik, Englisch, Sport). Vor allem ein Fach wie Politik ist den Unternehmern ein Dorn im Auge, weil dort die Auszubildenden u.a. auch über ihre Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz, über Tarifverträge und Gewerkschaften etc. informiert werden. Auszubildende sollen nur das zu ihrer optimalen Verwertung unbedingt nötige Wissen erwerben. Die in den Reformen der sechziger und siebziger Jahre erkämpften Ausbildungsinhalte sollen endgültig gestrichen werden.

Dieser Angriff nicht nur auf die Berufsschulen, sondern auch auf die sie leitende Behörde, versetzte das Amt in hektische Aktivität. Arbeitsgruppen wurden eingerichtet, die schnellstmöglich der Handelskammer ein eigenes Konzept entgegen setzen sollten. Wie es zur Zeit aussieht, wird sich wohl eher ein Modell durchsetzen, das die Behörde als solche erhält, die Berufsschulen aber aus der staatlichen in öffentlich-rechtliche Trägerschaft überführen wird. Der direkte Angriff der Kammer wäre damit zwar abgewehrt, aber eine inhaltlichen Teilerfolg hätten die Unternehmervertreter erzielt. Die wirtschaftliche Rechnungsführung mittels eines wirtschaftlichen Leiters würde eingeführt und der Unternehmereinfluss über die neu zu besetzenden Beiräte und Vorstände vergrößert werden.

Die Schulen würden also nicht mehr direkt vom Staat geleitet werden.

### Zur Geschichte der staatlichen Berufsschulen

Die beruflichen Schulen leisten einen Teil der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Im dualen System sind sie zuständig für einen großen Teil der fachtheoretischen und allgemeinen Bildung, in den Vollzeitberufsschulen leisten sie darüber hinaus auch noch die praktische Ausbildung. Historisch hatten die Berufsschulen die Funktion, den Teil der notwendigen Ausbildung abzudecken, den die ausbildenden Betriebe selbst nicht durchführen konnten. Dieser Anteil war früher relativ klein und dementsprechend war auch die Zeit, für die der Betrieb die Auszubildenden freistellte, entsprechend gering. Aus einzelbetrieblicher Sicht war diese Zeit schon immer ein Verlust, da der Auszubildende dem Betrieb nicht zur Verfügung stand und die Ausbildungsvergütung trotzdem gezahlt werden musste.

Die Ausweitung der Berufsschulen und der Berufsschulzeit für die Auszubildenden in den 60er und siebziger Jahren hatte mehrere Ursachen. Zum einen veränderten sich die Anforderungen in der Arbeitswelt aufgrund der technisch-industriellen Entwicklung und der Ausweitung des sogenannten Dienstleistungssektors, so dass die Ausbildungsinhalte verändert und erweitert werden mussten. Zu dieser Veränderung waren viele, vor allem Klein- und Mittelbetriebe nicht in der Lage. Deshalb wurden die Kosten dafür auf alle Steuerzahler umgelegt und dem Berufsschulsystem ein Teil dieser neuen Aufgaben übertragen. In der Regel wurde auch die schulische Ausbildungszeit verlängert.

Zum anderen gab es aber auch eine Reformbewegung in der Arbeiterschaft und vor allem der Lehrlingsgeneration der sechziger Jahre. Nicht umsonst spricht man auch von der »Studenten- und Lehrlingsbewegung«. Hier artikuliert sich das Interesse an einer Ausbildung, die nicht nur von den betrieblichen Belangen des jeweiligen Einzelkapitalisten geprägt war, sondern die auch die Interessen der Auszubildenden als Arbeitnehmer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigte. Die Ausbildung

sollte nicht nur den Zielen der jeweiligen Betriebe oder Kammern, sondern auch anderen Zielen dienen. Eine fachlich breite Ausbildung über die Bedürfnisse des Lehrbetriebs hinaus sollte ergänzt werden durch ein breites Allgemeinwissen und so den jungen Facharbeitern den Wechsel des Arbeitsplatzes erleichtern und einen möglichst hohen Facharbeiterlohn garantieren. Ergänzt werden sollte die Bildung um das Wissen über bestehende Rechte sowie der Erziehung zu »sozialen und konfliktfähigen« Persönlichkeiten.

Dass die Ausbildungsinhalte auch in diesem Sinne reformiert werden konnte, lag vor allem an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Sie waren gekennzeichnet durch den Mangel an Arbeitskräften (vor allem Facharbeitern) und einer daraus resultierenden stärkeren Position der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Die Reform führte zu einer Ausweitung des staatlichen Einflusses über die berufliche Bildung, u.a. durch die Verlängerung des Berufsschulunterrichts, die Veränderung der Lerninhalte und die Ausweitung der Berufsschulen. In Hamburg kann als typisches Beispiel dafür vielleicht die Einführung des Politikunterrichts als Prüfungsfach gelten. Die stärkere staatliche Rolle in der beruflichen Bildung war auch Ergebnis einer gesellschaftlichen Reformentwicklung. In den Schulgesetzen der Länder spiegeln sich zum großen Teil noch diese Reformen wider. Die staatlichen Berufsschulen haben also eine Doppelfunktion: Sie dienen einmal den Ausbildungszwecken der Betriebe, zum anderen aber auch den Interessen der Auszubildenden.

### Der Rückzug des Staates aus der Berufsbildung

Ein Papier der Bund-Länder-Kommission zur Einführung von »Kompetenzzentren« (so werden Berufsbildungszentren auch genannt; oder auch »regionale Berufsbildungszentren«, zum Beispiel in Schleswig Holstein, wo sie als Modellversuche eingeführt wurden) bemerkt, dass es sich für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung bislang als hinderlich erwiesen habe, »dass berufsbildende Schulen zur Rechtssphäre der Schulgesetze gehören«. Dieses Hindernis soll mit der Einführung der »Kompetenzzentren« beseitigt werden. Dabei besagt schon die Wortwahl »Kompetenzzentrum«, in welche Richtung es gehen soll. Es gibt nicht mehr einen staatlichen und einen nicht staatlichen Bereich in der Berufsausbildung, sondern nur noch allgemein »Kompetenzzentren«, also verschiedene Stätten, an denen Berufsausbildung stattfindet, seien diese nun staatlicher, öffentlich-rechtlicher oder privater Rechtsnatur. Die einzelnen Stätten sollen vor allem als angeblich gleichrangige Partner zusammen arbeiten.

Ziel des Ganzen sei zum einen, den neuen Anforderungen an berufliche Aus- und Weiterbildung besser gerecht werden zu können, zum anderen die Ressourcen besser nutzen und Rationalisierungseffekte erzielen zu können. Dafür sollen alle an beruflicher Bildung Beteiligten – als da sind Unternehmerverbände und Gewerkschaften, Betriebe, Kammern und Innungen, überbetriebliche Ausbildungsstätten, Berufsschulen, Fachhochschulen, öffentlich-rechtliche und private Weiterbildungsträger etc. – sich in einem fest eingerichteten »Berufsbildungsdialog« zusammen setzen, um sowohl den Bedarf ermitteln zu können wie auch festzulegen, wer den ermittelten Bedarf am besten abdecken kann. Vor allem das Letztere ist bemerkenswert: Wer was macht, wird in einem Dialog angeblich »gleichberechtigter Partner«

festgelegt. Damit müssen sich Berufsschulen nicht wie bisher gegenüber der staatlichen Aufsicht legitimieren, sondern stehen als ein »Berufsbildungspartner« von mehreren auf dem Prüfstand.

### Der Druck nimmt zu – die Macht des Unternehmerlagers ist gewachsen

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Massenarbeitslosigkeit ausgeweitet und ist zu einer festen Erscheinung geworden. Das führte u.a. auch zu einer Schwächung der Kräfte, die Reformen im Sinne der abhängig Beschäftigten anstreben. Als Beispiele wären zu nennen der Abbau des Sozialstaates (Verschlechterungen bei Sozialversicherungen, Kürzungen bei der Sozialhilfe), Angriffe auf die Flächentarife, untertarifliche Bezahlungen u.v.m. Sowohl die Mitgliederzahlen wie auch der Einfluss der Gewerkschaften gehen ständig zurück. Solidarische Ansätze treten hinter der Standortlogik zurück.

Wie sieht es mit den Kräfteverhältnissen der zukünftigen Dialogpartner in einem »Berufsbildungsdialog« aus? Hierzu wurden seit 1997 mit dem »Hamburger Bündnis für Ausbildung«, einem Vorläufer des jetzt geplanten »Berufsbildungsdialoges«, konkrete Erfahrungen gesammelt. Gegen das Versprechen der Kammern, neue Ausbildungsplätze zu schaffen, war die SPD-Regierung bereit, den Wünschen der Kammern und Einzelbetriebe entgegen zu kommen und den Berufsschulunterricht zu »reformieren«. Als erstes wurde der Sportunterricht abgeschafft. Danach kam eine sogenannte »Lernortkooperation« (also Zusammenarbeit von Betrieb und Schule), in welcher der Berufsschulunterricht verdichtet, die Schulzeit verkürzt und der betriebliche Ausbildungsteil verlängert wurde. Wir haben in der GEW und in den Schulen gegen diese Verschlechterungen für die Auszubildenden gekämpft, haben sie aber nicht verhindern können. Von der versprochenen Schaffung neuer Lehrstellen war im übrigen nichts zu sehen, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze sank weiter.

Es zeigte sich, dass, nachdem von der Behörde und den Kammern die »Lernortkooperation« beschlossen war und die Schulen in einen »Dialog« mit der jeweiligen Innung oder Kammer eintreten mussten, es sich in den allermeisten Fällen nicht mehr um einen Dialog, sondern um ein Diktat der Unternehmerseite handelte. Ein aufschlussreiches Beispiel ist der Fall der Kfz-Abteilung einer Gewerbeschule. Diese geriet in das Visier der Kfz-Innung weil sich die Schule immer wieder auf die Seite der Auszubildenden und ihrer Bildungsinteressen stellte und deshalb in Konflikt mit der Innung geriet. Als Reaktion darauf betrieb die Innung die Liquidierung dieser Abteilung, um sie an die andere Kfz-Schule in Hamburg zu verlagern. Die Behörde ließ die Schule nicht nur allein, sondern unterstützte die Kfz-Innung. Nur durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit vor der Bürgerschaftswahl 2001 konnten Lehrer und Schüler eine Aussetzung der Verlagerung erreichen. Ein Jahr später, nach den Wahlen, wird diese Kfz-Abteilung dann doch verlagert.

Dieses Beispiel zeigt, dass eine einzelne Schule ohne Rückendeckung der Behörde dem Druck der Arbeitgeberseite nur äußerst schwer und unter Ausnutzung besonders günstiger Umstände (Bürgerschaftswahlen zum Beispiel) widerstehen kann. In der Regel wird sie unterliegen. In Hamburg wird auch deutlich, wie stark die Kräfte des Unternehmerlagers geworden sind, die ein Zurückdrehen der in den letzten Jahr-



## Hamburger Berufsschulen auf Zukunftskurs

- Wirtschaft unternimmt Berufsschule -

### Umsetzungseitleitlinien der Hamburger Wirtschaft (Entwurf)

AGA - Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.  
Handelskammer Hamburg  
Handwerkskammer Hamburg  
Landesverband des Hamburger Einzelhandels e. V.  
Nordmetall - Verband der Metall- und Elektroindustrie e. V.  
UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

Stand: 25. Oktober 2002

## Hamburger Berufsschulen auf Zukunftskurs

- Wirtschaft unternimmt Berufsschule -

### Leitbild

Die Wirtschaft trägt die Hauptverantwortung für das Duale System.

Sie setzt sich für die Qualitätssteigerung der Berufsschule mit einem professionellen Personalkonzept als zweiten Lernort ein. Ziel ist eine neue Berufsschule, die die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen und die Arbeitsmarktfähigkeit der Fachkräfte steigert. Dazu sollen die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Berufsschule und Wirtschaft nachhaltig verbessert werden. Für eine höhere Akzeptanz und für eine moderne Betriebsführung sollen die Berufsschulstandorte optimiert und ein professionelles Management eingeführt werden.

### 1. Zukunftsorientierte Aufstellung der Standorte

- Eigenständige Berufsschulstandorte (duales System) Diese kooperieren mit Berufsfachschulen.
- Sachgerechte Konzentration von verwandten Berufen an einem Schulstandort zur Nutzung von Synergien; Branchenausrichtung der Standorte
- Beschulung in Splitterberufen ggf. in Kooperation mit externen Partnern; Maximierung des Berufsschulangebots in Hamburg
- Die Aufgaben der BVS werden zur effizienteren und zielführenden Berufsorientierung und -vorbereitung an die allgemeinbildenden Schulen übertragen
- Fachoberschule 11/12 läuft aus; Fachoberschule 12 und das Wirtschafts- und Technische Gymnasium werden zur Profilstärkung und Effizienzsteigerung an die allgemeinbildenden Schulen übertragen

Die erste Seite des Redemanuskripts von Schmidt-Trenz, dem Geschäftsführer der Handelskammer Hamburg, in dem er die Absicht erläutert, die Berufsschulen übernehmen zu wollen.

zehnten erreichten Reformen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Die Handwerks- und Innungskammern drängen immer stärker darauf, die Berufsschulen aus der staatlichen Verantwortung zu entlassen. Die »Kompetenzzentren« und der »Dialog der verschiedenen Träger« dienen nur dem Ziel, die Berufsschulen noch stärker den Unternehmerinteressen zu unterwerfen.

### Die GEW im Konflikt zwischen Anpassung oder Widerstand

Gewerkschaften – vor allem im Bildungsbereich tätige – haben die Aufgabe bei »Reformen« die bisher vom Staat wahrgenommene Schutzfunktion im Interesse der Auszubildenden zu verteidigen.

Was die GEW-Bundesorganisation betrifft, so kann ihre Position in diesem Zusammenhang nur als Katastrophe bezeichnet werden. Die Berufsschulfachleute der GEW-Bund bewerten die Umwandlung der Berufsschulen in öffentlich-rechtliche Anstalten schon seit längerem positiv, da die einzelnen Berufsschulen selbständiger würden (das wird mit »demokratischer« gleichgesetzt). Die Berufsschulen bekämen zudem dadurch die Chance, als eigene Rechtspersönlichkeit auf dem Weiterbildungsmarkt auftreten zu können. Berufsschulen sollen also als Konkurrenten privater Weiter-

bildungsträger fungieren und den (meist schlecht bezahlten) Beschäftigten dort die Jobs wegnehmen.

Dass mit der Entstaatlichung der Berufsschulen auch »Risiken« verbunden seien, wird zwar auch gesehen, aber mit der Versicherung abgetan, dass dagegen »knallharte Beschlüsse« gefasst werden sollten. Im übrigen sei der Zug bereits abgefahren und man müsse, wenn man Einfluss nehmen wolle, nicht nur im zweiten Wagen, sondern möglichst auf der Lokomotive Platz nehmen.

Es wird also mit dem Argument »Demokratisierung« hausieren gegangen, als ob nicht alle Erfahrungen in vergleichbaren Prozessen zeigen, dass eine Veralterung (von Schulen, Krankenhäusern o.ä.) keineswegs zu einer Demokratisierung im Interesse der Beschäftigten führt, sondern einen Machtzuwachs der Leitungsorgane und damit eine Entdemokratisierung mit sich bringt.

Und natürlich birgt die Hoffnung auf lukrative Aufträge im Weiterbildungsmarkt (mal ganz abgesehen davon, dass man den dortigen KollegInnen die Jobs wegnimmt), wenn sie sich denn erfüllten, gerade das, was sich die Gegenseite wünscht: Das, was Geld bringt, ist attraktiv, unbequeme, schwer zu vermittelnde Schülergruppen bringen kein Geld, kosten nur und werden an den Rand gedrängt. Außerdem müssen Schulen, wenn sie mit den privaten Anbietern auf dem Weiterbildungsmarkt konkurrenzfähig sein wollen, auch die dortigen Arbeitsverhältnisse übernehmen: Beamtete Studien- oder Oberstudienräte wären viel zu teuer, dafür braucht man Lehraufträge, Fristverträge, mehr Schüler pro Lehrkraft usw.

Der Vorstoß der Handelskammer in Hamburg machte die Vertreter der Position der GEW-Bund sprachlos. Damit, dass die Unternehmerseite die Gewerkschaftsposition einfach aufgreifen und in ihrem Sinne verschärfen würde, hatten sie nicht gerechnet. Sie fühlten sich geradezu ertappt und wirkten hilflos, angesichts der Stimmung im Großteil der Kollegien, die den Angriff der Handelskammer und der Behörde, genau als das ansehen, was er auch ist: Ein Versuch, das Berufsschulwesen in Hamburg zu zerschlagen. So ist mittlerweile im Landesverband Hamburg die Position durchgesetzt, dass man sich gegen die Entstaatlichung der Berufsschulen zur Wehr setzt und versucht den Widerstand dagegen zu organisieren.

Die Ablösung des sozialdemokratischen Senats in Hamburg durch eine Koalition von CDU und Schill-Partei hat die Kammern und die Schulbehörde bei ihren Vorstößen sicherlich ermuntert. Aber im Grundsatz und in den Absichten unterscheiden sich deren Pläne nicht von den Vorstellungen und Einzelmaßnahmen in anderen Städten und Bundesländern. Es gibt auch keinen wesentlichen Unterschied zu den Zielen der rot-grünen Bundesregierung, wie sie die Hartz-Kommission zur beruflichen Bildung formuliert (siehe Artikel zur Hartz-Kommission, Seite 7). Sich der weiteren Privatisierung im Bildungsbereich zu widersetzen ist aber Aufgabe des gesamten DGB. Das gilt insbesondere für die berufliche Bildung, wo die Vertreter der zuständigen Einzelgewerkschaften in zahlreichen Gremien, in Prüfungsausschüssen, Kommissionen zur Erstellung von Lehrplänen etc., sitzen.

17.11.2002 ■

## Regierung nutzt die Kriegsstimmung zum Angriff gegen die Gewerkschaften

Die zehntägige Aussperrung der Hafendarbeiter an der US-Westküste zu Anfang Oktober und die Verhängung einer Zwangsfriedenspflicht durch Präsident Bush machten auch in den bundesdeutschen Medien Schlagzeilen. In der Tat handelt es sich um die bislang massivste Konfrontation von Arbeitgebern, Staat und Gewerkschaften in den USA seit dem 11. September 2001. Zum ersten Mal wird von der US-Bundesregierung versucht, die im Zeichen des »Krieges gegen den Terrorismus« eingeleiteten innenpolitischen Verschärfungen massiv gegen die Gewerkschaften einzusetzen.

Betroffen hiervon ist eine Gewerkschaft, die wie kaum eine andere die klassenbewussten Traditionen in der US-Arbeiterbewegung repräsentiert. Die Hafendarbeitergewerkschaft ILWU stand im Zentrum der industriegewerkschaftlichen Kämpfe der dreißiger Jahre, die einen ihrer Höhepunkte im Generalstreik von San Francisco 1934 hatte. Die ILWU hat auch in der jüngeren Zeit durch Solidaritätsaktionen in den Häfen immer wieder Solidarität mit progressiven und Befreiungsbewegungen in den USA und in der Dritten Welt demonstriert – zuletzt durch einen eintägigen Solidaritätsstreik während der Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Seattle vor zwei Jahren. Als einige der wenigen US-Gewerkschaften hat die ILWU auch gegen den Krieg der USA in Afghanistan und den Aufmarsch gegen den Irak Stellung bezogen.

Wie in den Medien berichtet, wurde die Aussperrung zunächst durch die US-Regierung beendet, die die Öffnung der Häfen und eine achtzigtägige »Abkühlungsperiode« anordnete. Was wie eine gegen die Arbeitgeber gerichtete Maßnahme aussieht, soll in Wirklichkeit die Hafendarbeiter zur Annahme eines Tarifdiktats zwingen. Über jeder gewerkschaftlichen Kampfmaßnahme schwebt das Damoklesschwert eines Verbotes durch die Regierung und eines möglichen Einsatzes von Militär in den Häfen.

Der folgende Bericht von einem Kollegen aus den USA gibt die Situation zur Zeit der Aussperrung wieder. Gegenwärtig wird die Auseinandersetzung vor allem an den Arbeitsplätzen in den Häfen geführt – der Verband der Hafendarbeiter versucht, die Schwierigkeiten bei der Beseitigung des Frachtrückstaus mit dem öffentlich erhobenen Vorwurf zu kaschieren, die Gewerkschaft organisiere einen Bummelstreik. die Red. ■

Vor dem Containerterminal am Ende der Seventh-Street-Pier in Oakland, Kalifornien, umringten Dutzende von Hafendarbeitern und ihre Frauen Richard Mead, den Vorsitzenden der Hafendarbeitergewerkschaft von San Francisco. Alle Einfahrtstore des Hafens waren geschlossen. Die gigantischen Kräne, die die Stahlboxen auf die Containerschiffe laden, standen bewegungslos im Abendlicht.

»So ist es«, sagte Mead zu den Umstehenden. »Wenn Ihr wollt, dass Eure Kinder und Familien das gleiche Leben führen können wie Ihr, dann wisst Ihr, was Ihr zu tun habt.« Die Arbeiter in Overalls, Sweatshirts und schweren Arbeits-



**»Krieg gegen Terror ist Krieg gegen uns«**  
Mit der Begründung, die Häfen seien wichtig für den »Krieg gegen Terrorismus«, verbot die Bush-Regierung den Streik der Hafendarbeiter

stiefeln teilten sich auf. Nach Aufruf durch ihren Gewerkschaftssekretär meldeten sich die meisten freiwillig für den ersten Teil der Nacht zur Sitzblockade vor den geschlossenen Toren. Eine kleinere zweite Gruppe übernahm die Schicht von Mitternacht bis Morgen.

Eine Streikwache vor geschlossenen Toren mag überflüssig erscheinen, nachdem diese Arbeiter nur wenige Stunden zuvor vom Gelände des Terminals verwiesen worden waren. Sie hatten aber zu befürchten, dass diese Aussperrung nur ein Trick der großen Schiffseigner sei, neue Arbeiter oder sogar Soldaten in den Hafen zu bringen, die die Arbeit der Ausgesperrten übernehmen würden. Angesichts der kürzlich angedrohten Maßnahmen der Regierung Bush konnte dieser Verdacht nicht unbegründet sein.

Am Freitagabend, dem 27. September, hatte die Pacific Maritime Association (PMA, der Verband der Hafendarbeiter, Anm. d. Red.) erklärt, dass die Mitglieder der Hafendarbeitergewerkschaft International Longshoremen's and Warehousemen's Union (ILWU) in den Häfen von San Diego bis zur kanadischen Grenze für 36 Stunden von ihren Arbeitsplätzen ausgesperrt werden. Diese Maßnahme, so erklärte der Verbandschef Joseph Miniace, war die Bestrafung für das, was er einen Bummelstreik der Gewerkschaft nannte. Als die Strafzeit vorüber war, wurde die Aussperrung in den meisten Häfen aber nur für ein paar Stunden aufgehoben. Miniace erklärte alsbald, dass die Gewerkschaft keine qualifizierten Arbeitskräfte zur Bedienung der Contai-



nerkräne bereit stellen würde<sup>1</sup>, und ließ daraufhin die Frachtschiffahrt an der Westküste gänzlich einstellen. Der Betrieb würde nur wieder aufgenommen, wenn die Gewerkschaft entweder einem neuen Tarifvertrag zu den Bedingungen der PMA zustimmen oder zu den Bedingungen des alten Vertrages weiterarbeiten würde.

Die meisten Hafearbeiter empfanden die 36-Stunden-Strafe und Miniace's erpresserische Erklärung als Versuch, sie zu erniedrigen. Einige Kranfahrer gingen freilich zum Gewerkschaftsbüro und meldeten sich für Jobs in anderen als ihren angestammten Terminals. »Die behandeln uns wie Kinder und wollen, dass wir wie die Schoßhündchen zurückkommen«, sagte Mead seinen Mitgliedern, als sie zur Bewachung der Tore losgingen.

Die Aussperrung lässt Fracht im Wert von vielen Millionen Dollar in den Häfen entlang der Westküste liegen. Einige Schiffe, so zwei große Frachter an der Hanjin-Pier in Oakland, sind noch halb beladen. Dieses Terminal war erst vor wenigen Monaten eröffnet worden. Seine zehn Containerkräne, die zu den größten der Welt zählen, wurden gefeiert, als sie aus China kommend in Spezialschiffen in die Bucht

von San Francisco einfuhren. Nun wirkten diese Kräne wie die Schnäbel riesiger toter Vögel.

Ähnliche Szenen gab es in jedem Hafen. In Oakland lag ein halbes Dutzend Schiffe an der Pier fest, weitere lagen vor Anker in der Bucht. Im Hafen von Los Angeles/Long Beach waren es noch erheblich mehr, und in Portland, Seattle, Tacoma und einem Dutzend kleinerer Häfen stauten sich ebenfalls die Schiffe.

Die festsitzenden Container enthielten eine endlose Vielfalt von Produkten, davon ein großer Teil Konsumgüter - Kleider, Schuhe, Fernseher und vieles mehr - die in Fabriken auf der anderen Seite des pazifischen Beckens hergestellt wurden. Diese Güter sind für die Regale von Wal Mart und anderen großen Ladenketten im ganzen Land bestimmt und sollten dort rechtzeitig zum Beginn des Weihnachtsgeschäfts ankommen. Man glaubt kaum, dass die Unternehmen dieses Geschäft einer Konfrontation mit den Hafearbeitern opfern würden - also mit Leuten, die sie selbst nicht beschäftigen und deren Löhne nur einen Bruchteil der Kosten für den Transport ihrer Produkte ausmachen. Aber die Aussperrungspolitik der PMA scheint die Zustimmung dieser Konzerne zu haben. Als die Verhandlungen für einen neuen Tarifvertrag im Juni diesen Jahres begannen, trat eine neue Organisation in Erscheinung, die die Öffentlichkeit und die Bush-Administration vor den Gefahren eines durch überzogene Forderungen der Gewerkschaft ausgelösten Arbeitskampfes warnte.

1 In den Häfen der Westküste kontrolliert die Gewerkschaft den Arbeitseinsatz. Die Reedereien und Hafengesellschaften fordern für die jeweiligen Tätigkeiten Arbeitskräfte bei der Gewerkschaft an, die in der sogenannten hiring hall, der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsstelle, an die registrierten Gewerkschaftsmitglieder vergeben werden. Dieses System stammt aus den dreißiger Jahren und war seinerzeit ein wichtiger Kampferfolg der ILWU zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen. Es ersetzte die bis dahin in den Häfen herrschende Beschäftigung der Arbeiter als Tagelöhner auf Abruf.

2 Das Taft-Hartley-Gesetz aus dem Jahre 1947 enthält zahlreiche Beschränkungen des Streikrechts (zum Beispiel Verbot von Solidaritätsstreiks) und gewerkschaftlicher Organisationsmöglichkeiten. Seine Verabschiedung bildete seinerzeit den Auftakt der Zurückdrängung der in den dreißiger und vierziger Jahren entstandenen Industriegewerkschaften und der politischen Verfolgung sozialistischer und kommunistischer Kräfte in der US-Arbeiterbewegung.

3 Orts- bzw. Betriebsgruppe

Diese so genannte Waterfront Coalition vereinigte die großen Schifffahrtslinien wie Maersk und American President Lines mit führenden Einzelhandels- und Konsumgüterunternehmen wie Mattel, Home Depot oder The Gap. Während des Frühjahrs hatte diese Vereinigung hinter geschlossenen Türen Treffen mit einer *Task Force* der Bush-Regierung zur Beobachtung der Hafentarifverhandlungen, die von einem Berater des Weißen Hauses, Carlos Bonilla, geleitet wurde. Als die Verhandlungen in Gang waren, meldeten sich Bushs neuer Minister für Heimatschutz, Tom Ridge, sowie Vertreter des Arbeitsministeriums telefonisch bei James Spinosa, dem Vorsitzenden der ILWU. Sie warnten ihn, dass die Regierung jegliche gewerkschaftliche Streiks in den Häfen als Bedrohung der nationalen Sicherheit ansehen und Maßnahmen zu ihrer Beendigung ergreifen würde. Sie erwähnten die Möglichkeiten einer Regierungsintervention nach den Bestimmungen des Taft-Hartley-Gesetzes<sup>2)</sup>, darunter die Verordnung einer Zwangsfriedenspflicht von sechzig Tagen, den Einsatz von Militär auf den Arbeitsplätzen der Streikenden oder die Einbeziehung der Häfen in den Railway Labor Act – das für die Eisenbahnen gültige Arbeitsgesetz, unter dem Streiks und branchenweite Tarifabschlüsse praktisch unmöglich sind.

Tarifverhandlungen für die Westküstenhäfen sind stets konfliktreich, aber diese waren nun von massiven Gegensätzen überlagert. Von Juni bis August gab es kaum Fortschritte, und am Ende des Sommers erklärte die Gewerkschaft, dass sie den bestehenden Tarifverträge nicht mehr weiterlaufen lassen würde. Miniace begann, die Gewerkschaft öffentlich vor Streik oder Bummelstreik zu warnen.

Tatsächlich, so Clarence Thomas, der Kassierer des Local-10<sup>3)</sup> der Hafentarbeitergewerkschaft, gingen aber zu dieser Zeit größere Mengen an Fracht durch die Häfen als je zuvor. Das »Journal of Commerce«, eine Wirtschaftszeitung, stellte fest, dass das Frachtaufkommen während des Sommers um bis zu 30 Prozent angestiegen sei. Thomas warf der PMA vor, den Arbeitsdruck massiv zu erhöhen und die Sicherheitsbestimmungen zu vernachlässigen. Als traurigen Beweis wertete er die Tatsache, dass seit Jahresanfang fünf Hafentarbeiter bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen waren.

»Sie können uns vorwerfen, was sie wollen«, sagte er. »Aber wir sind nicht bereit, unser Leben zu riskieren, um die Arbeit in einem so gefährlichen Tempo zu erledigen.« Die Tarifkommission der Gewerkschaft verabschiedete eine entsprechende Resolution. Miniace warf daraufhin der Gewerkschaft vor, mit »Dienst nach Vorschrift« die Sicherheitsbestimmungen zu mißbrauchen, um einen Bummelstreik anzuzetteln.

Im Vorfeld der Aussperrung verursachte der gestiegene Containerverkehr in vielen Häfen eine zunehmende Arbeitskräfteknappheit. In Seattle und Tacoma konnten ganze Schichten nicht mehr besetzt werden, obwohl manche Arbeiter bereits zwei Schichten hintereinander arbeiteten. In der Zwischenzeit konnten einige der strittigen finanziellen Fragen in den Tarifverhandlungen beigelegt werden, zum Beispiel einige Verbesserungen bei der betrieblichen Krankenversicherung. Aber die wichtigste Streitfrage blieb ungelöst – nämlich die Einführung neuer Automatisierungstechniken.

Für denjenigen, der die Geschichte der Hafentarbeitergewerkschaft kennt, erinnerte der bevorstehende Zusammen-

stoß an den letzten großen Hafentarbeiterstreik im Jahre 1971. Dieser markierte das Ende einer Ära großer technischer Veränderungen, in der der Seefrachtverkehr durch die Einführung von Containerkränen revolutioniert wurde und die Zahl der Arbeitsplätze in den Häfen der Westküste von über 100.000 auf das heutige Niveau von etwa 10.500 zurückging.

Heute schauen die Hafentarbeiter mit Besorgnis auf den Beginn einer anderen neuen Ära. In einem oder zwei Jahrzehnten werden die Seehäfen praktisch völlig automatisiert sein. Die Frachtbewegungen sollen von Arbeitskräften vor Computerbildschirmen überwacht werden, die in oft Hunderte von Meilen entfernten Kontrollzentren sitzen. Häfen wie Singapur und Rotterdam haben diese Technologie bereits, und die weltweit tätigen Reedereien wollen dieses System auch an der US-Pazifikküste einführen.

Löhne und Sozialleistungen waren deshalb nicht das Hauptthema in dieser Tarifrunde. Die Stundenlöhne der Hafentarbeiter liegen zwischen 27,68 und 33,48 \$ – ungefähr so viel wie bei Installateuren oder Elektrikern. Nach Angaben des Arbeitgeberverbandes PMA wurden im Jahre 2002 von den Arbeitgebern 32.320 \$ an Sozialleistungen pro Arbeiter gezahlt, etwa 16 \$ pro Arbeitsstunde. Die meisten Hafentarbeiter in Kalifornien sind African-Americans oder Latinos, Hafenjobs sind für diese Bevölkerungsgruppen oft ein wichtiges wirtschaftliches Rückgrat. Obwohl es sich dabei im Vergleich zum Durchschnitt der US-Wirtschaft um gute Löhne handelt, stehen sich die Reedereien in den Tarifverhandlungen nicht als arm da und machen insgesamt hohe Gewinne.

Sie würden es allerdings gern sehen, wenn bestimmte Arbeiter nicht Mitglied in der Gewerkschaft wären, nämlich die Frachtplaner, die den Kranfahrern angeben, wo welcher Container zu verladen ist, die Angestellten, die die Bewegung der Container verfolgen, und die Lkw-Fahrer, die die Container in die Häfen transportieren. Angezogen von den Tariflöhnen sind solche Beschäftigtengruppen in vielen Häfen bereits der Gewerkschaft beigetreten oder haben es versucht. Die Gewerkschaft möchte sie in allen Häfen als Mitglieder gewinnen, auch um die abnehmende Zahl der Arbeitskräfte unter den Hafentagelassen auszugleichen, die heute die Fracht mit herkömmlichen Methoden verfolgen. Die Vertreter der PMA haben dies abgelehnt. Für die Gewerkschaft ist dies eine Überlebensfrage.

In den späten sechziger Jahren hatten die PMA und die ILWU unter ihrem damaligen charismatischen Führer Harry Bridges ein Abkommen über die gleiche Frage erzielt, das als historisch galt. Die Gewerkschaft akzeptierte die Einführung neuer Technologien, die viele Arbeitsplätze kosteten, während die Reedereien akzeptierten, dass Arbeitsplätze in neuen Bereichen mit Gewerkschaftsmitgliedern besetzt würden. Die PMA ist nun offenbar darauf aus, dieses Übereinkommen, das fast drei Jahrzehnte Bestand hatte, zu brechen.

Im Juli legte die Gewerkschaft den Entwurf einer Rahmenvereinbarung vor, nach der die ILWU die Einführung neuer Lesegeräte an den Hafeneingängen akzeptieren würde, durch die Hunderte von Arbeitskräften wegrationalisiert würden, die bisher die Frachtdaten in Computer eingegeben hatten. Im Gegenzug forderte die Gewerkschaft eine Garantie, dass die überwiegend in den Frachtkontrollzentren neu entstehenden Tätigkeiten in den Vertretungsbereich der Gewerkschaft fallen. »Die Gewerkschaft«, so der ILWU-Vorsitzende James Spinosa, »hat den Arbeitgebern immer und immer wieder gesagt, ›wir werden Euch in der Mitte treffen,

wir werden den Informationsfluss und die Weiterentwicklung der Technik nicht behindern, vorausgesetzt, Ihr seid bereit, uns in der Frage der neu entstehenden Jobs auch in der Mitte zu treffen«.

Offenbar in Vorwegnahme der Schwierigkeiten in dieser Frage erklärte der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Miniace, zu Beginn der Tarifverhandlungen am 13. Mai: »Den Mitgliedern der ILWU, unseren registrierten Arbeitskräften unter Hafentarifarbeitern und -angestellten, werden unter diesem Kontrakt die Arbeitsmöglichkeiten garantiert, und, was noch wichtiger ist, die Möglichkeiten zum Einsatz in neuen Positionen mit gesicherter Zukunft.«

Einige Seefrachtunternehmen, wie zum Beispiel Stevedoring Services of America (SSA), betreiben allerdings keine Schiffe, sondern sind völlig auf das Be- und Entladen von Fracht spezialisiert, und zwar nicht nur in den USA, sondern in Häfen rund um die Welt. Für diese Firmen spielen die Lohnkosten in den Häfen und die Möglichkeit zum ungehinderten Einsatz neuer Technologien eine ganz besondere Rolle. Die großen Reedereien hatten weniger Probleme mit der anfänglichen Position des Arbeitgeberverbandes, denn ihre Profite stammen aus dem Betrieb ihrer Schiffe. Die Löhne der Hafentarifarbeiter machen nur einen geringen Teil ihrer Kosten aus.

Als diese Spaltungen innerhalb des Arbeitgeberlagers ein Übereinkommen schwierig machten, organisierte die ILWU Demonstrationen vor Terminals, die dem Unternehmen SSA gehörten. Die Antwort der Arbeitgeber waren verschärfte Klagen über Bummelstreiks und Aussperrungsdrohungen. Am 27. September schließlich führte dies zur Aussperrung aller Hafentarifarbeiter durch die PMA, und die Konfrontation begann.

Die Aussperrung überraschte die Gewerkschaft nicht. Es war klar, dass die Automatisierung eine schwierige Frage in den Verhandlungen sein würde. Aber mit der Schließung der Häfen wurde dies überschattet von der Drohung eines Eingreifens der US-Bundesregierung. Alle anderen Gewerkschaften in den USA beobachteten diese Situation nun genau. Die Anwendung des Taft-Hartley-Gesetzes und eine von der Regierung angeordnete Zwangsöffnung der Häfen könnte kurzfristig der Gewerkschaft mehr nützen, als den Arbeitgebern. Aber die Verhängung einer Zwangspause in den Verhandlungen ist nicht die einzige Maßnahme, die Heimatschutzminister Ridge und andere Regierungsvertreter erwähnt haben. Ob sich die PMA auf solche weitergehenden Maßnahmen stützen wird, muss abgewartet werden. Sollte dies geschehen, so würde dies die Gewerkschaften in ähnlich tiefgreifender Weise betreffen wie die im Jahre 1982 von Ronald Reagan eingeleitete Niederschlagung des Streiks der Fluglotsen.

Die Hafentarifarbeitergewerkschaft will aber nicht zurückweichen. »Die ILWU wird sich nicht einschüchtern lassen«, erklärt der Vorsitzende Spinosa.

Oakland, California, 30.9.2002 – David Bacon ■

**Nachtrag:** Am 25. 11. meldete die »Financial Times Deutschland« die Einigung zwischen der Gewerkschaft ILWU und dem Verband der Hafentreibbetriebe (PMA). Danach darf die PMA neue Technologien (Scanner zur Warenerfassung) einführen, die ca. 500 Arbeitsplätze kosten werden. Im Gegenzug wurden Lohnerhöhungen und Beitragszahlungen an die Krankenkassen vereinbart und vor allem, dass die Jobs in den Häfen gewerkschaftlich kontrolliert bleiben. 23.11.02 ■

## ZUR DISKUSSION:

Zur Wahlniederlage der PDS erreichten uns folgende Stellungnahmen: 1. Die gekürzte Fassung der Rede des Leipziger Genossen E.L., die vollständig in den »Marxistischen Blättern« erschienen ist. 2. Eine erste Antwort darauf vom Hamburger Genossen P. zur Klärung der Frage, wann tolerieren Kommunisten eine bürgerliche Regierung und wann beteiligen sie sich daran? 3. Der Beitrag des Genossen H.M. aus Leipzig, der nach dem Geraer Parteitag aus der PDS ausgetreten ist. 4. Die Zuschrift des Berliner Genossen T.F. »Die PDS hat eine Wahl verloren – na und?«

**Wir bitten unsere Leser, sich an der Diskussion zu beteiligen.** die Red. ■

### ■ BUNDESTAGSWAHL 2002

## PDS-Wahlniederlage und Geraer Parteitag

Der Sinn von Wahlen für die herrschende Klasse ist nach Karl Marx, die »Bourgeoisie als Ausfluss und Resultat des allgemeinen Stimmrechts« erscheinen zu lassen.<sup>1</sup> Das wurde bei der Bundestagswahl wieder einmal erreicht.

Der Sinn von Wahlen für Sozialisten ist es nach wie vor, »Propagandamittel« bzw. Gradmesser des politischen Bewusstseins zu sein und das Wahlrecht »aus einem Mittel der Prellerei ... in ein Werkzeug der Befreiung« der arbeitenden Menschen zu verwandeln.<sup>2</sup> Offenbar ist es aber gar nicht so einfach, diese Maßstäbe auf die diesjährige Bundestagswahl anzuwenden. Eine Formel etwa »je mehr Stimmen für die PDS desto mehr sozialistisches Bewusstsein« erweist sich als kaum tauglich. Gerade viele ehemalige PDS-Wähler sind in diesem Jahr nicht wegen fehlender sozialistischer Überzeugung, sondern wegen ihrer Enttäuschung über ein mangelndes sozialistisches Profil der PDS nicht zur Wahl gegangen. Außerdem gibt es augenscheinlich in der Bundesrepublik eine eigenartige Kluft zwischen sozialistischer Einstellung und Wählerverhalten. Nach einer im Juli veröffentlichten Studie über »traditionell-sozialistisches Einstellungspotential« (Befürwortung einer Gesellschaftsordnung, in der die wichtigsten Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind) in Brandenburg und Berlin wurden 30 Prozent der Befragten in Brandenburg, zwölf Prozent in Westberlin und

1 K. Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, MEW, Bd. 7, Berlin 1960, S. 93.

2 F. Engels, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, Einleitung, MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 518.

23 Prozent in Ostberlin als »Traditionssozialisten« ausgemacht. Davon sprachen sich 39 für eine Wahl der SPD und zwanzig Prozent (also nicht mehr als deren durchschnittliche Wähleranteil) für die PDS aus.<sup>3</sup>

### PDS-Wähler – Was hat sich verändert?

Wichtig sind zunächst bestimmte Trends, die unmittelbar im Wahlergebnis selbst zum Ausdruck kommen. Gegenüber 1998 verlor die PDS in Ostdeutschland mehr als zwanzig Prozent ihrer Stimmen, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sogar 31 Prozent. Gerade einmal vier Prozent der Erstwähler wählten PDS.

Weiterhin sind Angaben über Wählerwanderungen bedeutsam. Nach Infratest dimap wanderten 290.000 der PDS-Wähler von 1998 zur SPD, etwa 70.000 zur CDU und zur FDP und 300.000 ins Lager der Nichtwähler. Nur etwa 30.000 hat die PDS von der SPD und von »Sonstigen« gewonnen.<sup>4</sup>

Außerdem sind Veränderungen im Wahlverhalten der verschiedenen sozialen Großgruppen gegenüber der PDS sehr aussagekräftig. Danach wählten fünf Prozent der Arbeiter (1998: sechs Prozent) PDS, drei Prozent der Angestellten (1998: fünf Prozent), drei Prozent der Beamten (keine Veränderung), zwei Prozent der Selbständigen (1998: vier Prozent), zehn Prozent der Arbeitslosen (1998: 13 Prozent), fünf Prozent der Rentner (keine Veränderung) und vier Prozent der Auszubildenden (1998: sieben Prozent).<sup>5</sup>

Bedeutsam ist schließlich auch eine Analyse der Meinungsumfragen im gesamten Wahljahr. Diese machen nämlich deutlich: die PDS hat zwar Anfang August (so genannte Gysi-Delle, aber auch: volle Orientierung im PDS-Wahlkampf auf die Wahl von Schröder als Bundeskanzler, Wahlkampf auf den Deichen, Ablehnung einer Teilnahme am Irakkrieg durch Schröder) im besonderen Maße verloren, aber der Abstieg begann bereits zu Beginn des Jahres. Die Forschungsgruppe Wahlen Mannheim zum Beispiel sah die PDS bis März 2002 bei sechs Prozent, ab April fast immer bei fünf Prozent und dann ab Mitte August bei vier Prozent.<sup>6</sup>

Sicherlich gibt es eine komplizierte Gemengelage der verschiedenen Ursachen der eklatanten Wahlniederlage der PDS. Auch die wichtigsten individuellen Motive für eine Abkehr vieler ehemaliger PDS-Wähler von der PDS wären zu erfassen. Dennoch lassen sich zumindest folgende **vier Tendenzen** direkt aus den genannten Zahlen ableiten.

**Erstens:** Für einen merklichen Teil unserer einstigen Wähler gab es keinen Sinn mehr, der PDS gegenüber der SPD den Vorzug zu geben.

**Zweitens:** Ein noch größerer Teil blieb – ob aus Frust oder aus Gleichgültigkeit, sei dahingestellt – der Wahl fern.

**Drittens:** Die PDS verlor vor allem bei denjenigen (den Arbeitern, den Arbeitslosen, den Selbständigen, den Auszubildenden), deren Interessen sie als sozialistische Partei vertreten müsste.

**Viertens:** Eine erstmalige Wahlentscheidung für die PDS war für bisherige Nichtwähler, für Wähler anderer Parteien und auch für die Erstwähler offensichtlich wenig attraktiv.

Die wichtigste wahltaktische Fehlkalkulation der sogenannten Erneuerer in der Führung der PDS war offenbar, sie könnten – wie seinerzeit die SPD nach Bad Godesberg – das Abbröckeln ihrer Wählerschaft auf der Linken und überhaupt bei Protestwählern durch Stimmengewinne in der Mitte kompensieren, mittels der Kandidatur von Florian Havemann in Sachsen und ähnlicher intelligenter Einfälle.

### Ursachen der Wahlniederlage

Die übergreifende Ursache für die Abwanderung von über 600.000 Wählern war ganz augenscheinlich **eine Glaubwürdigkeitskrise** der PDS, ihrer Politik, Ideologie und auch ihrer Wahlkampfführung.

**Zum einen**, und zur Hauptsache, ist diese Krise der Glaubwürdigkeit das Ergebnis einer verfehlten Politik der Teilhabe an der neoliberalen Gegenreformation – der Privatisierung, der Stellenkürzungen, der sozialen Verschlechterungen – mittels Tolerierung oder Regierungsbeteiligung in drei ostdeutschen Ländern. Insofern ist der Einwand von Rosa Luxemburg gegen die Aufgabe von Prinzipien »auf dem Wege staatsmännischer Tauschgeschäfte« für die anstehende Debatte in der PDS hochaktuell: »Wild nicht erlegt und zugleich die Flinte verloren«? Gerade jetzt steht in Berlin wieder die Beschlussfassung über den Haushalt mit Kürzungen von voraussichtlich 5,8 Milliarden Euro vor allem im Sozial- und Kulturbereich an. Wenn die PDS da weiter mit tut, wird sich unweigerlich diese Krise vertiefen, und sie wird noch mehr Wähler verlieren. Und das zu Recht.

**Zum anderen** – und das hängt mit dieser Einordnung der PDS als »stinknormale« Partei in den bürgerlichen Politikbetrieb zusammen – haben PDS-Politiker nicht nur Interessen, sondern auch Gefühle, Überzeugungen und Grundsätze vieler Menschen, besonders im Osten, verletzt. Dies geschah auch dadurch, dass diese Politiker seit Jahren regelrecht die Sprache der kalten Krieger und der Schönredner eines angeblich »zivilisierten Kapitalismus« nachbuchstabierten, zum Teil sogar der Apologeten der »Nato-Wertegemeinschaft«.

**Schließlich** – und das war Ausdruck ihres Kurses in Richtung Anpassungsopposition und Regierungspartei – war die PDS im Wahlkampf gar nicht mehr in der Lage, vielen Menschen glaubhaft den Unterschied zur SPD zu erklären. Dies ging einher mit einer dilettantischen Wahlkampfführung, vor allem mit der Unfähigkeit, im sich entwickelnden Richtungswahlkampf zwischen Schröder und Stoiber eigenes Profil zu bewahren.

### Richtungswahlkampf und Profilschwäche der PDS

Der diesjährige Bundestagswahlkampf war, soweit es die zwei großen Parteiblöcke betrifft, ein Wahlkampf ohne wirkliche Alternativen gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit,

3 Vgl. »Financial Times« Deutschland vom 25.7.2002 und »Tagesspiegel« vom 25.7.2002.

4 Vgl. »Spiegel«, Wahlsonderheft vom 24.9.2002, S. 42. Das Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung nennt andere Zahlen. Danach sind von den der PDS im Osten abhanden gekommenen 582.000 Stimmen (bundesweit: 622.000) etwas über 70 Prozent oder 412.000 (bundesweit: 443.000) überhaupt nicht abgegeben worden, und erst deutlich an zweiter Stelle gingen 151.000 Stimmen an die SPD (bundesweit 129.000) und 19.000 an die Grünen (bundesweit: 60.000). Vgl. »Berliner Zeitung« vom 24.9.2002, Beilage, S. 7).

5 Vgl. »Spiegel«, Wahlsonderheft, a.a. O. In Ostdeutschland wählten 15 Prozent der Arbeiter PDS und in Westdeutschland 1,2 Prozent. Die Gewerkschaftsmitglieder wählten insgesamt zu 51 Prozent SPD (gegenüber 1998: Verlust von 4, 5 Prozentpunkten) und zu 4,9 Prozent PDS (gegenüber 1998: Verlust von 1,5 Prozentpunkten). Vgl. Direkt, »IG-Metall-Informationsdienst« vom 2.10.2002, S. 1 und 2.

6 Vgl. »Süddeutsche Zeitung« vom 14./15.9.2002. Nach dem Institut für Demoskopie Allensbach lag die PDS zum Jahreswechsel bei etwa sieben Prozent, verlor dann kontinuierlich, um dann in der zweiten Septemberwoche unter fünf Prozent zu fallen. Vgl. »FAZ« vom 11.9.2002.

7 R. Luxemburg, Possibilismus und Opportunismus, Ausgewählte Reden und Schriften, II. Band, Berlin 1951, S. 27.

Demontage der Bürgerrechte und Kriegspolitik in aller Welt. Aber dies geschah eben mit der Besonderheit, dass – zumindest partiell – unter der Überschrift eines angeblichen »Richtungswahlkampfes« – eine Alternative zwischen kontroversen Politikkonzepten massenwirksam vorgetäuscht werden konnte.

Aber das erklärt nicht alles. Denn 1998 – unter der Parole »Kohl muss weg« – gab es auch einen derartigen Richtungswahlkampf. Dieser hatte sogar realere Momente, weil er einherging mit einem massenhaften gesellschaftlichen Protest gegen die neoliberale Politik, mit einer Aufbruchstimmung für eine »politische Wende«. Die Chance einer derartigen politischen Wende wurde mit der Möglichkeit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung verbunden.

Damals jedoch konnte die PDS sogar unter diesen komplizierten Bedingungen – in einer Situation einer geradezu extremen politischen Polarisierung – ihren Stimmenanteil erhöhen. Diesmal wurde sie zwischen den zwei Parteiblöcken partiell zerrieben, deutlich unter die Fünfprozent-sperre gedrückt. Erklären lässt sich dies nur mit dem schon skizzierten Verlust an eigenem sozialistischen Profil und an Glaubwürdigkeit.

Es war in diesem Jahr ein Wahlkampf ohne Hoffnungen oder Erwartungen und zunächst auch ohne Leidenschaft. Dies war Ausdruck der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen der Wahlkampf stattfand. Die Talfahrt der kapitalistischen Wirtschaft (im Jahr 2002 wird lediglich mit einem Anstieg des BIP um etwa 0,6 Prozent gerechnet) brachte die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse aus dem Gleichgewicht. Es gab die größte Pleitewelle in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Arbeitslosigkeit nahm in der Größenordnung von mehreren Hunderttausend zu, war fast genauso groß wie 1998 unter Helmut Kohl. Die Banken und großen Konzerne hatten unter Schröder erreicht, dass sie faktisch schon im Vorwahljahr 2001 keine Körperschaftssteuern mehr zu zahlen brauchten.

In der Anfangsphase des Wahlkampfes musste sogar die Haarfarbe von Schröder erhalten, um Emotionen auszulösen. Zu Beginn dieses Jahres, im Januar, meinten nach einer Emnid-Umfrage, siebzig Prozent der Befragten, dass die beiden großen Parteigruppierungen sich zum Verwechseln ähnlich und nicht in der Lage sind, die anstehenden Probleme zu lösen. Vor zehn Jahren lag dieser Prozentsatz noch bei vierzig Prozent. Nach einer Allensbach-Umfrage von August 2002 waren aber auch einem Monat vor der Wahl noch 52 Prozent der Meinung, eine Lösung der anstehenden Probleme sei »*ohnehin nicht zu erwarten*«. 8 Nur 26 Prozent widersprachen dem.

Diese Situation einer verbreiteten Desillusionierung gegenüber den zwei großen Parteien hätte von der PDS genutzt werden können, um als einzige wirkliche Wahlalternative anzutreten, verbunden mit einer scharfen Kritik des zunehmend ungezügelter Kapitalismus als der entscheidenden Ursache der von der SPD wie der CDU/CSU betriebenen Politik der Demontage des Sozialstaates und der Kriegsführung in aller Welt. Notwendig und möglich gewesen wäre eine Kampagne zur Rücknahme sozialer Verschlechterungen, der Beseitigung eklatanter sozialer Ungerechtigkeiten und der Propagierung antikapitalistischer Strukturreformen.

Aber dazu war die PDS wohl schon zu sehr im bürgerlichen Politikbetrieb »*angekommen*«.

### **Steilvorlagen blieben ungenutzt**

Auch die günstigen Möglichkeiten im Bundestagswahlkampf, »*über soziale Ursachen, Machtverhältnisse und wirtschaftliche Interessen aufzuklären*«, wie dies der Cottbuser Parteitag noch verlangt hatte, spielte offiziell und bei den meisten Kandidaten – Ausnahmen wie Dieter Dehm, Ulla Jelpke, Winfried Wolf u.a. dürfen dabei nicht unerwähnt bleiben – keine Rolle.

Vor der Sommerpause gab es da zwei Steilvorlagen, die Hunzinger-Lobby-Praktiken und die Bonusmeilen-Affäre, auf die die PDS allerdings kaum reagierte.

In der ersten Sache, einem Lehrstück für die Funktionsweise der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik im staatsmonopolistischen Kapitalismus, war die PDS in keiner Weise involviert. Von den insgesamt 1.055.900 DM,<sup>9</sup> die Hunzinger den Bundestagsparteien in den letzten zehn Jahren hatte zukommen lassen (von satten Vortragshonoraren und persönlichen Geldgeschenken wie offenbar an Scharping gar nicht zu reden), hatte die PDS keine müde Mark erhalten. Das spricht für sie. Dennoch griff die Bundestagsfraktion die Sache nicht wirklich auf. Das spricht nicht für sie.

In die Bonusmeilen-Affäre war Gregor Gysi direkt verwickelt. Die PDS hatte also selbst Anteil an diesem Skandal an der Grenzlinie zwischen legaler pekuniärer Privilegierung von Abgeordneten und illegaler politischer Korruption.

Die Tatsache, dass Bundestagspräsident Thierse keine Auskunft über die Zahl der bei ihm eingegangenen Geldbeträge zur Begleichung von Bonusmeilen-Vorteilen gab (was ein politischer Skandal ist), wurde so auch von der PDS nicht skandalisiert. Hier und anderswo wurde deutlich: Die PDS steht nicht mehr schlechthin für die Lösung des Problems. Sie ist auf dem Wege, wenn dem nicht Einhalt geboten wird, immer mehr Teil des Problems zu werden.

### **Erfolgreiche Wahltaktik von Schröder**

Das Szenario des Wahlkampfes wurde dann immer mehr davon bestimmt, dass es Gerhard Schröder und der SPD im August gelang, die im Mai vorgenommene Orientierung auf einen »*Richtungswahlkampf*« so zu untersetzen und zu flankieren, dass der im Mai noch bestehende Rückstand der SPD zur CDU/CSU von immerhin sieben Prozent aufgeholt werden konnte und zugleich die PDS immer mehr ins Abseits geriet.

Schröder sprach zunächst recht klassenneutral von einer Richtungsentscheidung zwischen »*Vergangenheit und Zukunft*«. Im Verlaufe des Wahlkampfes erhielt das Wort vom Richtungswahlkampf dann aber zunehmend den Sinn, den es im Jahre 1980 im Wahlkampf zwischen Helmut Schmidt und Franz-Josef Strauß hatte: nämlich den einer angeblichen Entscheidung zwischen den Interessen der Klasse der Lohnabhängigen und denen des großen Kapitals.

Ergänzt wurde dies um die Vorspiegelung einer Richtungsentscheidung zwischen einer friedvoll gewendeten SPD und der Kriegspartei CDU/CSU, also zwischen der angeblich strikten Ablehnung einer Bundesregierung unter Schröder, sich an der angekündigten Aggression der USA gegen den Irak zu beteiligen, und einer möglichen Beteiligung einer Bundesregierung unter Stoiber an einer solchen Aggression.

8 »FAZ« vom 21. 8. 2002.

9 Vgl. »Die Welt« vom 23. 7. 2002.

Vor allem in der letzten Phase des Wahlkampfes also, gelang es der SPD auf vielfältige Weise, auch mittels »des Wahlkampfes auf den Deichen« ihre Anhänger zu mobilisieren und neue Wähler zu gewinnen. Ungeachtet der sehr weitgehenden Annäherung der Regierungspolitik von SPD und CDU/CSU in den letzten Jahren im Geiste der Kriegsführungspolitik und der neoliberalen Gegenreformation hatte dieses Täuschungsmanöver Erfolg.

Ab Anfang August gab sich Schröder dann geradezu »als sozialistischer Klassenkämpfer, der nun plötzlich die Interessen der kleinen Leute verteidigt« und das Unternehmertum als »fünfte Kolonne der Opposition« anpflaumt.<sup>10</sup>

Manipulierung und Täuschung waren jedoch nur ein, wenn auch ganz wichtiges Moment. Zugleich wurden im Wahlkampf – von Schröder noch mehr als von Stoiber – die ideologischen Glaubenssymbole und Rezepte der Neoliberalen, also die der Privatisierung und des Marktradikalismus, ins Spiel gebracht.

Personalisierung, Inhaltsentleerung und die Vortäuschung falscher politischer Fronten wurden so ergänzt durch das Bemühen, besonders im Zusammenhang mit dem großen sozialen Problem der Arbeitslosigkeit, Lösungskompetenz im Detail mit der Indoktrinierung neoliberaler Ideologie zu verbinden. Eine Debatte um politische Kernfragen wurde so auch in dieser Frage nicht schlechthin verweigert. Aber bestimmt war diese Debatte von den Hartz-Vorschlägen der weiteren marktradikalen Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse, des Abbaus der sozialen Rechte der Arbeitslosen.

Der PDS-Führung dachte offensichtlich gar nicht daran – weder in Bezug auf die Hartz-Vorschläge noch hinsichtlich des drohenden Aggressionskrieges der USA gegen den Irak – wirksam politisch zu reagieren. Im Bundestag stellte sie richtige Anträge zumindest auf förmliche Ablehnung einer Beteiligung an dem Krieg und des Rückzugs der Spürpanzer. Aber das beeinflusste die öffentliche Debatte so gut wie gar nicht. Das wäre nur mittels einer scharfen provokativen Kritik an der Bundesregierung und an der imperialistischen Aggressionspolitik der USA möglich gewesen. Im Rahmen einer Politik und Wahlkampfführung der Mittigkeit und Mattigkeit, die sich bei der SPD ständig als Mehrheitsbeschaffer und zum Teil auch als Koalitionspartner anbieterte,<sup>11</sup> hatte so etwas offenbar keinen Platz.

### Der Parteitag in Gera zu Wahlniederlage

Aufgabe des drei Wochen nach der Bundestagswahl angesetzten Parteitages in Gera war es, das Ausmaß und die Ursachen für die eklatante Wahlniederlage zu benennen und eine Korrektur der unübersehbaren Fehlentwicklungen in der PDS zumindest anzubahnen. Dies geschah allenfalls im Ansatz. Es gab eine Richtungsentscheidung gegen die »Reformer« um den Wahlkampfleiter Dietmar Bartsch und die Vorsitzenden der PDS-Landesverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Inwieweit dieser Konflikt ernsthaft und erfolgreich ausgetragen wird oder mit einem faulen Kompromiss endet, bleibt abzuwarten. Auch die Unterstützung der alten und neuen Vorsitzenden Gabi Zimmer für die Nominierung von Helmut Holter als stellvertretender Ministerpräsident in einer Neuauflage der SPD-PDS-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern spricht eher für das Letztere.

In der Vorstandsanalyse wird nicht einmal auf die besonderen Verluste in den Ländern mit PDS-Regierungsbeteili-

gung eingegangen. Auch die enorme Abwanderung ins Lager der Nichtwähler wird nicht thematisiert. Der »Berliner Antrag« spricht zwar von einer »bitteren Niederlage«, aber überhaupt nicht darüber, worin diese denn konkret besteht. Im »Gehrcke-Antrag« erschöpft sich die Wahlanalyse darin, auf die Abwanderung der Wähler zur SPD hinzuweisen. Das »Brie-Chrapa-Papier« hebt immerhin klar hervor, »dass die PDS vor allem an die Nichtwählerschaft verloren hat« und dies keinen Zweifel daran lässt, wie »sehr die Wahlniederlage hausgemacht ist«. (S. 13) Allein der Antrag der Linken macht konkrete Angaben zum ganzen Umfang der Wahlniederlage: zum überproportionalen Verlust in den drei Ländern mit einer Tolerierung bzw. Regierungsbeteiligung der PDS, zu den Verlusten an das Lager der Nichtwähler, bei Erwerbslosen, bei den gewerkschaftlich Organisierten und in den ostdeutschen Bundesländern und merkt zu recht an: »Wir haben hier ein Spiegelbild der Fehler von Parteiführung und Wahlkampfführung vor uns.«

### Opportunismus, sozialistisches Profil und SPD

Zu den Erkenntnissen in der sehr engagierten Rede von Gabi Zimmer gehört der Satz: »Die einseitig geführte Diskussion um den Gestaltungsanspruch sozialistischer Politik hat uns davon abgelenkt, dass wir uns mit dem Opportunismus-Problem auseinandersetzen müssen.« Ursachen der Wahlniederlage sieht Gabi Zimmer nur teilweise in äußeren Faktoren (wie der »Polarisierung des Wahlkampfes«), vor allem aber in Folgeerscheinungen der eigenen PDS-Politik, die zu einem »Vertrauensverlust« geführt haben. Dazu gehören nach ihrer Einschätzung eine »Profilschwäche« der PDS, »Führungsschwäche und Machtkampf in der PDS während des Wahlkampfes«, eine »abnehmende Mobilisierungsfähigkeit« und nicht zuletzt der Umstand, dass die PDS als »Westentaschenreserve von SPD und Grünen« erschien. Bemerkenswert kritisch ist ihre Einschätzung: »Die PDS erscheint heute vielen als eine Partei, mit der man alles machen kann, außer Kriege zu führen.«

Im »Berliner Antrag« dagegen werden die Akzente ganz anders gesetzt. Die Wahlkampfführung habe »eine Reihe von Fehlern« gemacht, auch habe es eine »ungünstige politische Konstellation« gegeben. »Aber Konstellation und Fehler konnten nur solch gravierende Auswirkungen auf das PDS-Wahlergebnis entfalten, weil es der Partei an politischer Substanz und Durchsetzungsvermögen mangelte, um in dieser schwierigen Situation einen für die Wählerinnen und Wähler akzeptablen, eigenständigen Wert darzustellen.« Dunkel ist zunächst der Worte Sinn. Er wird klarer, wenn dann dazu aufgefordert wird, die Programm- und Strategiediskussion »nicht länger mit Formelkompromissen zu blockieren«, also möglichst schnell, die Anpassungspolitik der PDS programmatisch abzusegnen. Nach dem Motto, wenn alle schuld sind, ist keiner schuld, wird dann noch hinzugefügt, es

10 »Freitag« vom 16.8.2002. An die Vertreter des großen Kapitals gewandt, erklärte Schröder u.a.: »Spielt Euch nicht als fünfte Kolonne der Opposition auf, sondern sorgt für Arbeitsplätze in euren Betrieben.« Zit. nach »FAZ« vom 7.8.2002. Die »taz« vom 13.8.2002 schrieb: »Der Kanzler hat jetzt die Witterung aufgenommen und glaubt, mit einem bodenständigen Wahlkampf gegen Kriegstreiber und Kapitalistenknechte den Sieg noch aus dem Feuer reißen zu können.«

11 Dies ging hin bis zum Angebot einer Regierungsbeteiligung durch Roland Claus: »Es macht keinen Sinn, einen Kanzler mitzuwählen, wenn man nicht regierungsbereit ist.« »Tagesspiegel« vom 20.8.2002.



handle sich bei den mit dem Wahlergebnis offenbar gewordenen Defiziten um »ein Versagen, das die Vorstände und Fraktionen aller Ebenen abgestuft zu verantworten haben.«

Eine entscheidende Differenz innerhalb der PDS, die in der Debatte um die Ursachen der Wahlniederlage deutlich wurde, betrifft das Verhältnis der PDS zur SPD. Das Brie-Chrapa-Papier schätzt ein, dass sich »innerhalb der neuen Führungsgruppe von ›Reformern‹ ein neuer Grundkonflikt formiert (hat)«. Die eine Richtung deute »die SPD-Politik« als »verantwortliche Gestaltung eines sozialen Kapitalismus«, die andere als »rechtes Projekt«. Ganz in diesem Sinne heißt es im »Berliner Antrag«: »Die PDS ist, wie die SPD, eine demokratische und soziale Reformpartei.« Im »Zimmer-Papier« wird dagegen die Position bezogen, mit dem »Übergang bedeutender Teile der Sozialdemokratie in das Lager des Marktradikalismus« fehlten wesentliche »Voraussetzungen für ein traditionelles Mitte-Links-Bündnis«. In ihrer Rede beantwortete Gabi Zimmer die von ihr selbst aufgeworfene Frage: »Wollen wir die PDS als sozialistische Partei oder als zweite sozialdemokratische Partei profilieren?«, mit einem Plädoyer dafür, als »bundesweite linke, sozialistische Partei zu gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen.«

### Irritationen um Tolerieren und Mitregieren

Ganz offensichtlich war eine entscheidende Ursache für die Wahlniederlage der PDS ihre Teilhabe an der neoliberalen Gegenreformation in drei ostdeutschen Ländern. Machtpolitische Grundlage einer sozialistischen Politik ist nun einmal die konsequente Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen. Wer dies in der Tagespolitik missachtet oder gar die sozialen Grausamkeiten der Neoliberalen als Regierungspartei mitträgt, der verliert jede Glaubwürdigkeit, ein »sozialistisches Ziel« anzustreben. Vor allem dieser Glaubwürdigkeitsverlust hatte zur Folge, dass die PDS Hunderttausenden nicht mehr als wählbar erschien.

Die PDS-Vorsitzende bezog in diesem Punkt eine kritische, aber letztlich auch ambivalente Position. »Bedingungslose Regierungsbeteiligung, bedingungsloses Tolerieren, Zustimmung um jeden Preis – das ist Opportunismus.« (S. 8) Sie schätzt ein, dass die »Wirkung unserer Beteiligung an Regierungskoalitionen« zu denken gebe, um dann aber zu relativieren: »Um es klar und deutlich zu sagen: Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ist nicht schuld an unserer Wahlniederlage.«

Ein zentrales Problem linker Politik wird damit auf die Ebene politischer Willensstärke und Lauterkeit regierender PDS-Politiker verschoben. Gabi Zimmer hebt in ihrem Antrag hervor, dass es vor allem um die Frage gehe, »wie vernehmbar wir Interessen vertreten ... auch in Regierungen« und sieht »enge Grenzen«, aber zugleich »durchaus Spielräume« für »eine andere Art des Mitregierens als Teil des Widerstands gegen die ›Höllmaschine‹ des Neoliberalismus (Bourdieu)«.

Ein überzeugendes Konzept ist das nicht. Wenn über Mitregieren gesprochen wird, muss auch die Machtfrage mitgedacht werden. Regierungsbeteiligung ist keine Willens- oder gar Glaubensfrage, sondern eine Frage der Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und vor allem des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Diese aber sind in der Gegenwart extrem ungünstig, bieten kaum »Spielräume«, zwingen aber auf jeden Fall die PDS-Minister, dem »Mainstream« des Neoliberalismus zu folgen. E. L., Leipzig ■

## ■ EINE ERSTE ANTWORT

### Tolerierungspolitik und Regierungsbeteiligung – wann ja, wann nein?

Dass aus Anlass der Wahlniederlage die überfällige grundlegende Diskussion über die Entwicklung der PDS und über den Geraer Parteitag stattfindet, halte ich für gut und für notwendig. Friedrich Engels hat der Arbeiterklasse mit auf den Weg gegeben, dass sie nach einer Niederlage wieder von vorn anfangen muss. Ich füge hinzu, dass Engels keinesfalls gemeint haben kann, einen solchen Neuanfang könne es ohne Berücksichtigung der positiven wie negativen Erfahrungen der Vergangenheit geben. Die PDS war ein solcher Neuanfang, allerdings ohne die Erfahrungen der Vergangenheit aufgearbeitet zu haben.

Nachstehend einige Anmerkungen zu Deiner Kritik, die aus meiner Sicht unerlässlich sind:

**1. Tolerierungspolitik** wird von Dir als »Spagat zwischen Systemopposition und Regierungsbeteiligung« kritisiert. Ich sehe das anders: Tolerierungspolitik ist keinesfalls gleichzusetzen mit der Beteiligung an einer Koalitionsregierung. Eine sozialistische Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, kann eine Regierung tolerieren unter der Voraussetzung, dass entscheidende Teile der arbeitenden Bevölkerung auf der Verwirklichung ihrer Forderungen an die Regierung bestehen. Die bürgerliche Regierung wird, vor die Wahl gestellt, ob sie der Arbeiterklasse Zugeständnisse machen oder durch Verweigerung ihrer Forderungen die eigene Grundlage in Gefahr bringen soll, im Interesse der Erhaltung des bürgerlich-kapitalistischen Systems und seiner politischen Herrschaft bereit sein, Konzessionen zu machen. Das setzt unsererseits die Mobilisierung der Arbeiterklasse voraus, das ist Aufgabe einer sozialistischen Partei. Abgesehen davon fördert ein solches Vorgehen auch eine konkrete Organisation der Arbeiterklasse und die Ausweitung des Einflusses in den Gewerkschaften. Wenn also die PDS sozialdemokratisch-grüne Regierungen unterstützt (toleriert), dann ist es unerlässlich, dass die arbeitende Bevölkerung für konkrete Forderungen mobilisiert wird und es erfordert auch eine andere Herangehensweise an die Gewerkschaftsfrage, als sie bisher von der PDS praktiziert wurde.

Anders verhält es sich in der Frage der **Regierungsbeteiligung**, der Teilnahme an Koalitionsregierungen. Hier ist es notwendig, historische Erfahrungen heranzuziehen. In den Auseinandersetzungen und Kämpfen der russischen Oktoberrevolution haben die Bolschewiki an Koalitionsregierungen mit nicht kommunistischen Parteien (Sozialrevolutionäre) teilgenommen, um den zaristischen (bürgerlichen) Staatsapparat und dessen Macht zu zersetzen und eigene revolutionäre Formationen zu schaffen. Voraussetzung war der revolutionäre Umbruch der russischen Gesellschaft, der für eine solche Politik Möglichkeiten bot.

Niemals kann eine sozialistische Partei Verantwortung übernehmen für eine Regierungspolitik, die die Massen belastet und entrechtet, um das bürgerliche System zu erhalten. Davon ging die Komintern angesichts der Lage 1923 in Deutschland zwar aus. Die Bestrebungen der damaligen KPD-Führung, Betriebsräte und Arbeiterbevölkerung zum Kampf zu rufen, entsprachen aber nicht den im damaligen Deutschland gegebenen Kräfteverhältnissen, und die Regierungsbeteiligungen in Sachsen und Thüringen, zu der die Komintern gedrängt hatte, blieben ohne Erfolg.

Die Regierungsbeteiligungen der PDS in Mecklenburg und Berlin sind auch deshalb falsch, weil sie bei der arbeitenden Bevölkerung den Eindruck hervorrufen: Jetzt haben wir Sozialisten in der Regierung, die vertreten doch unsere Interessen. Wo bleibt der außerparlamentarische Kampf? Er wird geradezu verhindert.

Wenn die PDS darüber hinaus den noch vorhandenen parlamentarisch-bürgerlichen Illusionen bei den Massen nachgibt und sie sogar noch fördert, muss ihre Koalitionspolitik, ob in Mecklenburg-Vorpommern oder in Berlin, zu Rückschlägen führen, schlimmer: Den Sozialismus diskreditieren. Ausdruck dieser Tatsache ist das Wahlergebnis. Es genügt nicht von einer »klaren antikapitalistischen Politik« zu sprechen: Sozialistische Politik muss konkretisiert werden, wenn die Partei, die sie vertritt, von den Wählern nicht »wegen ihrer Enttäuschung über ein mangelndes sozialistisches Profil« als eine unter anderen bürgerlichen Parteien angesehen werden soll. Welche Forderungen stellt die PDS und wie will sie diese verwirklichen? Dazu ist unerlässlich die Organisierung der arbeitenden Bevölkerung, auf deren Unterstützung eine sozialistische Partei angewiesen ist – nicht auf dem Stimmzettel, sondern im außerparlamentarischen Kampf, auf Demonstrationen, in betrieblichen Auseinandersetzungen, in Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen.

2. Du schreibst: »Die wichtigste wahltaktische Fehlkalkulation der so genannten Erneuerer in der Führung der PDS war offenbar, sie könnten – wie seinerzeit die SPD nach Bad Godesberg – das Abbröckeln ihrer Wählerschaft auf der Linken und überhaupt bei Protestwählern durch **Stimmengewinne in der Mitte kompensieren, mittels der Kandidatur von Florian Havemann in Sachsen und ähnlicher intelligenter Einfälle**«. Stimmen nachlaufen oder gar Stimmungen? Nein, wir als Sozialisten oder Kommunisten müssen die Arbeiterklasse erziehen (nicht im bürgerlichen Sinn von schulmeistern) und organisieren zum Kampf gegen das kapitalistische System. (Dazu gehört eine Erfahrung aus der DDR-Zeit: Weil die SED-Bürokratie die Arbeiterklasse nicht erzogen hat – das heißt zur herrschenden Klasse in der Gesellschaft mit den entsprechenden demokratischen Organen und Formen –, sondern glaubte diese Aufgabe »von oben« und mit Hilfe sozialistischer Agitation und Propaganda lösen zu können, ist die DDR widerstandslos zusammengebrochen.) Gewerkschaftliches Klassenbewusstsein entsteht im Tageskampf im Betrieb gegenüber den Angriffen und Provokationen der Unternehmer usw. Es erfasst nicht nur Kommunisten und Sozialisten, sondern auch Arbeitende, die anders denken: Unpolitische, Christliche etc. Politisches Klassenbewusstsein muss von Sozialisten/Kommunisten in die Arbeiterklasse hineingetragen werden, anknüpfend an Auseinandersetzungen, die mit nur gewerkschaftlichen Mitteln nicht entschieden werden können.

Jetzt erleben wir die Talfahrt des kapitalistischen Systems. Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise kommen die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse aus dem Gleichgewicht – mit den für die Arbeiterklasse sichtbaren und fühlbaren Folgen (Bankrott von Betrieben, Arbeitsplatzverlust u.a.). Die Antwort der herrschenden Klasse: Sparmaßnahmen auf Kosten der untersten Schichten der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, Abwälzen der Folgen der Krise auf die breiten Massen. Wer bezahlt die »Reformen« der Regierung?

Letzten Endes die Arbeiterklasse. Wer finanziert die Kriege der herrschenden Klasse in Jugoslawien, Afghanistan und demnächst im Irak? Wer streicht die die im kapitalistischen System »normalen« Profite ein? Den letzten beißen die Hunde. Dazu gehört auch:

**3. Wer entschädigt die Opfer der Flutkatastrophe?** Wenn Du auf die »erfolgreiche Wahltaktik von Schröder ... auch mittels »des Wahlkampfes auf den Deichen« verweist, ist zu fragen: Wie reagierte denn die PDS auf die Hochwasserkatastrophe, die doch die arbeitende Bevölkerung am meisten betraf? Sie überließ der SPD-Regierung die Initiative. Warum fordert die PDS nicht Rechenschaft darüber, was die Reichen, die Unternehmer und die Staatsbürokratie entsprechend ihrem Einkommen beitragen? Warum erkundigt sich die Partei nicht bei den Betroffenen, ob und in wieweit sie Hilfe bekommen haben und was sie noch brauchen? Warum fordert sie nicht Rechenschaft über die Verwendung der Spenden?

Im Übrigen verweise ich auf die folgende Stellungnahme von H.M. Beste Grüße, P., HH ■

## Um was geht es?<sup>1</sup>

Die Frage nach der Lage und den Aufgaben der Linken im Ergebnis der Bundestagswahl 2002 wird nicht selten auf die Frage nach dem weiteren Weg der PDS reduziert. Dies kommt insbesondere darin zum Ausdruck, dass deren verheerende Wahlniederlage als eine Niederlage der Linken überhaupt angesehen wird. Nun steht außer Frage, dass der Wiedereinzug der PDS in den Bundestag mit solchen Abgeordneten wie zum Beispiel Winfried Wolf und Ulla Jelpke der kritischen Linken durchaus die Chance eröffnet hätte, sich im Parlament hörbar zu machen und ihre Eliminierung aus der so genannten »öffentlichen Meinung« wenigstens teilweise zu durchbrechen. Genauso unstrittig ist es aber, dass diese Chance verpasst wurde, weil der enorme Glaubwürdigkeitsverlust der PDS höheres Gewicht bekam und der Partei die Befähigung zum »Volkstribunen« durch den Wähler zwangsläufig abgesprochen werden musste. Insofern ist die Krise der PDS auch ein Symptom für die Krise der deutschen Linken, die es nicht vermochte, durch Druck von außen – durch die Kritik der Politik des »kleineren Übels« – die Rekonstituierung von Klassenbewusstsein in der Partei des Demokratischen Sozialismus zu befördern. Dies aber ist das Kernproblem. Eine Niederlage der Linken im buchstäblichen Sinn hätte die Wahlniederlage der PDS jedoch nur dann sein können, wenn dadurch jedes Mittel der Verständigung mit den Massen abgeschnitten würde. Ist dies tatsächlich der Fall? Ich glaube nicht.

Das Wahlergebnis war vorauszusehen – und das macht alles noch viel schlimmer. Nur wer an die Quadratur des Kreises glaubt, konnte annehmen, dass eine Partei, die sich »sozialistisch« nennt und vorgibt, besondere »Reformprojekte« zu vertreten, die Fünf-Prozent-Sperre überwindet,

<sup>1</sup> Der Beitrag wurde nach dem Geraer Parteitag verfasst. Am 5.10.2002 zur Konferenz in Leipzig trat der Autor nicht auf. Er ist inzwischen aus der PDS aus- und in die DKP eingetreten.

indem sie demonstrativ an der Kombination von Antikommunismus, Neoliberalismus und Verfemung marxistischen Denkens als *Hebel zum Stimmenfang* festhält. Die Verfechter dieser Politik trieb der unbändige Wunsch, die Fähigkeit zur Regierungsbeteiligung im Bund zu erlangen. Dies führte zur ideellen Annäherung der PDS an das Herrschaftsdenken des Großkapitals und zur Abkopplung von den Interessen der Lohnabhängigen. Da konnte von Sozialismus als Protest und Kampf gegen die Ausbeutung der Werktätigen, ein Kampf, der die vollständige Beseitigung der Ausbeutung bezweckt, keine Rede mehr sein. So geriet auch die Antikriegsposition der PDS ins Wanken. Karl Liebknechts Forderung, die Sozialisten sind *Antimilitaristen als Antikapitalisten*, spielte nur noch eine marginale Rolle.

Seit dem »Ingolstädter Manifest« hat die Führung der PDS offen auf Koalitions- und Tolerierungspolitik gesetzt. Dabei übersah sie, dass damit ihre angestrebte Bundesgenossenschaft mit der SPD und den Grünen für das Kapital selbst entwertet wurde. Denn diese Politik musste die PDS als politischen Machtfaktor und organisatorische Kraft zugrunde richten. Ob nun der Geraer Parteitag der Auftakt zu einer Wende war, wird sich erst zeigen. Momentan geht es nur um die Alternative: *Bourgeoisiesozialismus oder kleinbürgerlicher Sozialismus?* Das Verhältnis zum Marxismus – *zum proletarischen Sozialismus* – schwingt als ungeklärte und zumeist säuberlich umgangene Frage ständig in den Debatten mit. Aber derzeit ist nicht einmal das sozial-politische Niveau einer *bürgerlichen Arbeiterpartei* erreicht, da sich die PDS nach wie vor in keiner Weise als *Vermittlungspunkt des politischen Denkens der Arbeitnehmerschaft* versteht.

Auf keinen Fall darf außer Acht gelassen werden, dass Gera in der Frage der Regierungsbeteiligung prinzipiell *nicht* von alten Positionen abweicht. Dabei war es gerade die Rolle des »Arztes am Krankenbett des Kapitalismus«, die der PDS die Niederlage beschert hat. Indem sie nämlich durch unmittelbare Teilnahme an der Regierung oder durch Verantwortung ohne Macht den Abwehrkampf der Lohnabhängigen gegen die neoliberale Kapitaloffensive mit der falschen Aussicht auf »Reformen« unterband, ermutigte sie das Kapital, den Angriff immer weiter zu tragen. Sie nahm sogar selbst an diesem Angriff teil. Von der vermeintlichen »sozialistischen Partei« blieben nur noch zerrissene Fetzen übrig. Aber auch nach der schmachvollen Niederlage wird die Koalitions- und Tolerierungspolitik weiter verteidigt. Dies dient ausschließ-

2 Die »Partei des sozialistischen Reformismus« (Wolfgang Abendroth) wäre bereits ein Fortschritt für die PDS. Sie hätte ein Programm, das nicht diejenigen direkt ausschließt, »die den Sozialismus in letzter Instanz nicht als Schlussfolgerung aus irgendwelchen Prinzipien wie Gerechtigkeit etc. auffassen, sondern als ideelles Produkt eines materiell-ökonomischen Prozesses, des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses auf gewisser Stufe.« (Engels an Bernstein – Konzept –, 26. Juni 1879)

3 Es wäre unmarxistisch, diese Wahrheit zu verschweigen. Bei allem Respekt vor dem Auftreten von Gabriele Zimmer in Gera – bislang hat sie die Frage, von welcher Art Sozialismus und Antikapitalismus bei ihr die Rede ist, noch nicht beantwortet.

4 Die Basis der so genannten »Reformer« ist vor allem gesellschaftlicher Art. Sie sind Teil einer schmalen sozialen Schicht, die an den Privilegien eines politischen Dienstes für das Großkapital partizipiert. Dies wird nicht zuletzt deutlich am Beispiel des Gejammers, das die bürgerliche Presse nach Gera angestimmt hat. Die Parteibasis rebellierte gegen die PDS als Privatorganisation von Gysi. Dies kann ein Hebel zur Veränderung werden, wenn das darin keimhaft angelegte marxistische Parteiverständnis auf den festen Boden eines entsprechenden Programms gestellt wird. Die Programmgrundsätze sind die Basis der Organisationsgrundsätze.

lich der Verteidigung von sozialen Existenzen, von PDS-Minister- und Verwaltungsposten. Diese Schicht von PDS-Berufspolitikern ist selbstverständlich nicht daran interessiert, dass es zu einer Spaltung der PDS oder zum Austragen der Gegensätze kommt, die beide die Grundlagen ihrer Posten vernichten würden. Daraus erklärt sich der Kampf der so genannten »Reformer« unter- und gegeneinander, von denen einige sehr bekannte (zum Beispiel Wolfgang Gehrke, Harald Werner und selbst Gabriele Zimmer<sup>3</sup>) wieder im neuen Parteivorstand vertreten sind.

Gera hat natürlich das generelle Problem der deutschen Linken, die Herausbildung einer marxistischen Partei mit Masseneinfluss, die der deutschen Arbeiterklasse die politische Wiedergewinnung ihres Klassenbewusstseins ermöglicht, seiner Lösung keinen Schritt näher gebracht – außer vielleicht dadurch, dass die mit dem Fehlen einer solchen Partei verbundene politische Lücke noch stärker ins Bewusstsein gerückt wurde. Der beschlossene Leitantrag weist in eine reaktionäre Richtung. Ebenso die ersten Stellungnahmen der Parteivorsitzenden nach dem Geraer Parteitag. Sollte es dennoch zu einer »marxistischen Erneuerung« der PDS kommen (möglich ist natürlich alles), dann bestünde deren erste Voraussetzung darin, die *ideologischen Wurzeln* des »Gezänks« – des »Hauens und Stechens« – aufzufinden. Denn das dafür erforderliche *Kräfteverhältnis* reduziert sich nicht auf die parlamentarische Formel von Mehrheit und Minderheit, sondern ist eng damit verbunden, dass die *Einheit des Handelns* als Organisationsprinzip einer sozialistischen Partei das völlig *bestimmte* Hervortreten der verschiedenen Richtungen in der Diskussion erfordert. Dies aber ist mit bloßer die Gegensätze abstumpfender *Integrationsideologie* nicht zu erreichen. Daher bleibt abzuwarten, ob die Wut der Parteibasis<sup>4</sup> sich bis zu dem Punkt steigert, wo der Rahmen der demokratischen Diskussion an den Erfordernissen des Klassenkampfes festgemacht wird und die Frage nach der Duldung oder sogar Dominanz des revolutionären Marxismus in der PDS zulässt. In diesem Fall hängt alles davon ab, wer als *erster* eine Entscheidung zu treffen weiß.

Als eine wesentliche Schlussfolgerung für die deutsche Linke nach den Bundestagswahlen und nach dem Geraer Parteitag erachte ich es deshalb, dass sich die marxistischen Gruppen und Organisationen stärker zusammenschließen zur Lösung der gemeinsamen Aufgabe, größere Teile der Lohnabhängigen für die *Idee der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse* aufzuschließen. Dafür sind auch die gegenwärtigen und künftig noch zu erwartenden Debatten in der PDS zielgerichtet zu nutzen, die gerade dann von Wert sind, wenn sie den heftigen Kampf der Strömungen widerspiegeln.

Das Bedürfnis nach Marxismus erwächst aus den *praktischen Kämpfen*, die der entfesselte höchst widersprüchliche Kriegskapitalismus durch die erweiterte Reproduktion der tiefgehendsten Interessengegensätze erzeugt. Es geht also um das Zusammenwirken von außerparlamentarischer Aktion und der sie anleitenden theoretischen Aufklärungsarbeit der organisierten Marxisten. Dieses Verhältnis hat Friedrich Engels in einem Brief an August Bebel vom 25. August 1881 so dargestellt: »Die Aufrüttelung der gleichgültigen passiven Volksmassen kann nur durch die Ereignisse selbst geschehen und wenn dann auch der Gemütszustand der Aufrüttelten unter jetzigen Umständen etwas arg konfus bleibt, so wird seinerzeit das erlösende Wort um so gewaltiger einschlagen, die Wirkung auf Staat und Bourgeoisie um so drastischer

sein...« Jedoch, das »erlösende Wort« parat zu haben erfordert, dass der Sozialist/Kommunist über ein richtiges auf der Höhe der Wissenschaft stehendes Programm verfügt. Deshalb liegt die größte Sprengkraft der politischen Debatten innerhalb einer sozialistischen/kommunistischen Partei gerade in der These: Nur von der Höhe der Theorie herab kann die Partei klar die Gründe der Meinungsverschiedenheiten in ihren eigenen Reihen erkennen. H. M., Leipzig ■

## Die PDS hat eine Wahl verloren – na und?

Die Diskussion um die Wahlniederlage der PDS bei der Bundestagswahl 2002 erweckt mitunter den Eindruck, als sei es von entscheidender Bedeutung, ob diese Partei 4, 5 oder 6 Prozent der Wählerstimmen erhält, ob sie 2 oder 3 Direktmandate im Deutschen Bundestag inne hat. Die Frage, welche reale gesellschaftliche Kraft die Abgeordneten der PDS repräsentieren, welche Kräfte sie ins Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen führen können, gerät darüber völlig aus dem Blickfeld. Was nutzt eine Bundestagsfraktion einer sozialistischen Partei, die keine Massen als Druckmittel ihrer parlamentarischen Tätigkeit hinter sich hat, die nicht selbst parlamentarisches Sprachrohr außerparlamentarischer Aktivitäten ist? Und was nutzt eine solche Fraktion, die das nicht einmal als ihre wahre Schwäche begreift?

Das Wahlergebnis der PDS ist kein politisches Debakel der Linken. Das politische Debakel der linken Kräfte in Deutschland besteht in dem Fehlen einer nennenswerten realen sozialen Massenbewegung gegen die neoliberale Restauration des Kapitalismus und ihrer dadurch bedingten Reduzierung auf das Ideologische.

Wenn Wähler der PDS nach den Erfahrungen mit den jetzt mitregierenden »Sozialisten« wegbleiben, zeigt das nur, dass frühere Wahlergebnisse, etwa in Ostberlin bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl, auf Sympathien und Hoffnungen beruhten, nicht auf Kampfbereitschaft. Das Wahlergebnis der PDS hat Illusionen der PDS und mancher ihrer Anhänger zerstört, weil diese zuvor die Illusionen vieler ihrer ehemaligen Wähler zerstörten. Zerstörte Illusionen sind für Marxisten keine Schwächung, sondern Voraussetzung und Ansatzpunkt für künftige politische Arbeit.

So manchem meiner politischen Freunde möchte ich zurufen: Höre endlich auf zu heulen über ein Wahlergebnis der PDS! Bejammernswert in diesem Land ist der Zustand der Arbeiterklasse, die mehrheitlich immer noch am sozialen Klassenkompromiss festhält, obwohl die Bourgeoisie ihn längst aufgekündigt hat und ihn nur noch formell als Kampfmittel benutzt.

Dem Genossen E.L. aus Leipzig ist in vielem zuzustimmen. Aber sein Beitrag erweckt den Eindruck, als würde die PDS mit einer konsequent sozialistischen Politik mehr Wählerstimmen erhalten als mit ihrem schnöden Opportunismus. Diesem Eindruck widersprechen alle Erfahrungen. Konsequenter sozialistischer Politik fehlt heute die soziale Basis, um parlamentarisch wirksam werden zu können. Die sozialen Auseinandersetzungen in unserem Land sind

immer nur Kämpfe unmittelbar Betroffener, die isoliert bleiben, weil sie nur partikuläre Interessen formulieren. Die offizielle Gewerkschaftspolitik verzichtet mehr oder weniger offen auf das Durchbrechen und die Aufhebung der Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten. Die PDS unterstützt, in der Opposition, fast unterschiedslos jeden Protest gegen die Regierungen, um selbst in der Regierung zu erklären, warum man sparen, abbauen und Wirtschaft fördern muß. Bestenfalls spricht sie durch ihr aufrichtigen Vertreter »die moralische Entrüstung des Kleinbürgers über den Abstand von Ideal und Wirklichkeit in einem pathetischen Paroxysmus aus« (F. Engels, »Deutscher Sozialismus in Versen und Prosa«).

Das Dilemma der PDS besteht darin, dass sie, einerseits, als konsequent sozialistische Partei ihre parlamentarische Gegenwart und, andererseits, als zweite sozialdemokratische Partei ihre parlamentarische Zukunft in Frage stellt. Ihr Elend aber besteht darin, dass sie sich nur parlamentarisch definiert, daß sie ihre Stärke an der Stärke ihrer parlamentarischen Fraktionen misst. Auf diese Diskussion sollten wir uns nicht einlassen!

Wer heute enttäuscht ist von der PDS, muss sich fragen lassen, warum. Auf dem Magdeburger Parteitag 1995 hat der damalige Vorsitzende, Lothar Byski, in seinem, per Akklamation bestätigten, Referat erklärt: »Wir wollen teilhaben an der Verwaltung des sozialpolitischen status quo in diesem Land.« Es war alles längst gesagt.

Die Entwicklung nach dem Geraer Parteitag zeigt deutlich, daß dieser keine Richtungsentscheidung für eine konsequent sozialistische Politik war. Die Parteivorsitzende und der Vorstand unterstützen die PDS-Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin, ohne dafür inhaltlich politische Bedingungen zu formulieren. Der Geraer Parteitag war ein innerparteilicher Machtkampf um die Führungsrolle und -posten bei der Weiterführung der bisherigen Politik. Diesen Kampf hat eine Gruppierung gewonnen, eine andere beginnt sich neu zu formieren. Und was geht uns das an?

Für uns ist die PDS nur dadurch interessant, dass sich in ihr und um sie herum Menschen sammeln, die bereit sind, mit uns sozialistische Perspektiven zu diskutieren und evtl. in realen sozialen Auseinandersetzungen zusammen zu arbeiten. Diese Bereitschaft sollten wir nutzen. Es geht nicht in erster Linie um »die« Partei, sondern um Menschen, die bereit und in der Lage sind, ihre Interessen zunehmend zu erkennen und für diese selbst einzutreten. In dem Maße, wie diese sich entfalten, werden sie sich auch ihre notwendigen politischen Organe und Institutionen schaffen. T. F., Berlin ■